

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Stückpreis 3,90 Mk. monatlich 1,10 Mk.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die feinsten Posten
Stellenanzeigen 20 Pf.

Korrespondenz-Adressen
Sozialdemokratisches Berlin.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Verantwortlicher: Amt Warschplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonnabend, den 4. März 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Verantwortlicher: Amt Warschplatz, Nr. 151 90-151 97.

Weitere deutsche Erfolge bei Fort Douaumont

Unannehmbar.

Der Entwurf des Gesetzes über Erhöhung der
Tabakabgaben übertrifft die schlimmsten Erwartungen.
Erhöht soll werden sowohl der Gewichtszoll für Tabak
und Tabakerzeugnisse als der Wertzuschlag, ferner die Steuer
auf inländischen Tabak.

Table with 3 columns: Bisherige Steuer, Zuschlag, M.
bis 1 1/2 Pf. 2,00 8
1 1/2 2 1/2 3,60 8
2 1/2 3 1/2 4,50 7
3 1/2 5 6,50 12
5 7 9,50 18
über 7 15,00 25

Schon in normalen Zeiten wäre eine derartige enorme
Belastung der Raucher ungeheuerlich, der Kriegszustand
schafft indessen besondere Bedingungen, die in Anschlag zu
bringen sind.

Der inländische Tabak wird noch am günstigsten be-
handelt. Zwar wird die Steuer um mehr als 31,5 Prozent
erhöht, aber der ausländische Rohstoff wird in noch viel
höherem Maße verteuert, so daß das inländische Erzeugnis
einen höheren „Hollschuß“ genießen wird, als bisher.

Der Entwurf des Gesetzes über Erhöhung der
Tabakabgaben übertrifft die schlimmsten Erwartungen.
Erhöht soll werden sowohl der Gewichtszoll für Tabak
und Tabakerzeugnisse als der Wertzuschlag, ferner die Steuer
auf inländischen Tabak.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den
3. März 1916. (W. L. D.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südlich von Ypern am Kanal brachen die Eng-
länder in die Stellung „Bastion“ ein, die wir ihnen am
14. Februar abgenommen hatten, und stießen sogar in
schmäler Front bis zu unserem früheren vordersten Graben
durch.

Südlich des Kanals von La Bassée kam es im An-
schluß an feindliche Sprengungen vor unserer Front zu
lebhaften Kämpfen.

In der Champagne steigerte die feindliche
Artillerie ihr Feuer stellenweise zu großer Heftigkeit.

Im Bolante-Walde (nordöstlich von La Chalade in den
Argonnen) wurde ein französischer Angriff leicht abgewiesen.

Auf den Höhen östlich der Maas säuberten wir nach
kräftiger Artillerievorbereitung das Dorf Duamont
und schoben unsere Linien westlich und südlich des Dorfes
sowie der Panzerfeste in günstigere Stellungen vor. Ueber
tausend Gefangene und sechs schwere Geschütze wurden
eingebracht.

Unsere Flieger belegten im Festungsbereich von
Verdun französische Truppen erfolgreich mit Bomben.

Lieutenant Zimmelman schloß östlich von Douai sein
neuartiges feindliches Flugzeug ab, einen englischen Doppel-
decker mit zwei Offizieren, von denen der eine tot, der
andere schwerverwundet ist.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Patrouillengefächte an der Düna östlich von Friedrich-
stadt sowie an der Serwitsh- und Schara-Front.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nicht Neues.

Oberste Sekretleitung.

Der österreichische Generalkabsbericht.

Wien, 3. März. (W. L. D.) Amtlich wird verkündet:
Auf allen drei Kriegsschauplätzen andauernd Ruhe.
Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
von Doerfer, Feldmarschallleutnant.

zusammen 208,60 Mk.; jetzt kostet dieser Tabak in Rotterdam
65 Gulden und der deutsche Fabrikant zahlt dafür, wenn das
Gesetz angenommen wird, 163,40 Mk. für die unverzollte
Ware, zuzüglich 130 Mk. Gewichtszoll und 106,21 Mk. Wert-
zuschlag also 399,61 Mk. Es wird somit das Rohmaterial
nahezu im Preise verdoppelt.

Mit den billigen deutschen Zigarren ist es gründlich
vorbei, wenn dieser Gesetzentwurf angenommen wird. Ganz
besonders fällt ins Gewicht, daß die Verteuerung während des
Krieges eintreten soll, was schon durch die Verhältnisse auf dem
Tabakmarkt die Lage kritisch wird.

Nun konkurrierte die Zigarrenindustrie mit der Zigaretten-
industrie und mußte dabei den kürzeren ziehen. Es ist eine
der auffallendsten Erscheinungen im Tabakgewerbe, daß der
Zigarettenverbrauch seit ungefähr 25 Jahren in Deutschland
sich sprunghaft ausdehnt, was jedenfalls auf Kosten des
Zigarrenverbrauches ging. Die Erklärung für diese Wandlung
in den Gewohnheiten der Raucher ist wohl in der immer
mehr zunehmenden Hast des Lebens zu suchen: die Zigarre
dient dem Raucher, der Zeit hat, sich gemächlich dem Genuß
hingeben kann, die mit weniger Fügen ausgerauchte Zigarette
wird von Leuten bevorzugt, die keine Zeit haben, und Zeit
hat heute niemand, am wenigsten der Großstädter. Es fragt
sich also, wie die Aenderung der Steuer wirken würde?

Der Entwurf steht vor, daß die Zigarette verhältnis-
mäßig noch schärfer besteuert werden soll, als die Zigarre.
In der Hauptsache wird ausländischer Tabak zu Zigaretten
verarbeitet und diesen trifft die Erhöhung des Gewichtszolles
und des Wertzuschlages genau so, wie den Zigaretten.
Außerdem soll aber die horrenden Erhöhung der Vanderolen-
steuer eintreten. Aber trotzdem dürften die Preise für
Zigaretten im Kleinverkauf weniger steigen, als die Preise
für Zigarren. Die Dinge liegen nämlich so, daß bei der
Preisfaktulation der Zigarettenfabriken eine große Spannung
zwischen Herstellungskosten und Verkaufspreis besteht, weil

die übrigen Kosten — Beklebung, Packung, Kabatte für die
Händler — eine enorme Rolle spielen und auch der Profit
der Produzenten sehr hoch ist. Bei einer Zigarette,
die bisher 3 Pfennige im Kleinverkauf kostet, beträgt
die Vanderolensteuer 0,45 Pf., die Ausgabe für Tabak und
Arbeitslohn darf aber noch lange nicht 1 Pf. kosten, denn der
Fabrikant erhält höchstens 1 1/2 Pf. und die Unkosten wollen
eingerechnet sein. Wenn also der Tabak durch den Zoll ver-
teuert und die Vanderolensteuer erhöht wird, so ist nicht ge-
sagt, daß der Preis um den vollen Betrag dieser Steuern
erhöht werden muß, sondern es kann durch billigere Packung,
durch Einschränkung der Beklebung, vor allem aber durch Kür-
zung der Händlerkabatte, die längst von den Fabrikanten an-
gestrebt wird, diese Preissteigerung vermindert werden.
Es ist daher ziemlich wahrscheinlich, daß, trotzdem die Steuer-
sätze bei Zigaretten stärker erhöht werden, als bei Zigarren,
die Preise der letzteren verhältnismäßig weniger steigen werden,
als die der Zigarren. Um so mehr wird aber der Absatz von
Zigarren zugunsten der Zigaretten zurückgehen.

Dazu kommt, daß viele Raucher im Felde sich an die
Pfeife halten, wodurch ebenfalls der Absatz der Zigarren ver-
mindert wird.

Diese Wandlungen sind nun aber für die Tabakarbeiter
verhängnisvoll. Pfeifentabak erfordert wenig Arbeit bei der
Zurichtung, in der Zigarettenindustrie wiederum spielt die
Maschine Triumphe. Es werden heute nur noch die ganz
teuren Zigarettenformen mit der Hand hergestellt, während
alle übrigen mit der Maschine hergestellt werden, wobei diese
Maschinen eine ganz geringe Arbeiterzahl beschäftigen. Selbst
wenn also der Aufwand für das Rauchbedürfnis nicht ver-
mindert würde, so muß doch durch diese Verschiebung — Aus-
dehnung des Verbrauches von Zigaretten- und Pfeifentabak —
die Zahl der in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter
zurückgehen.

Der Aufwand für Tabak wird sich indessen vermindern.
Die Regierung freilich bestreitet das und setzt in der Be-
gründung zu dem Entwurf den Ertrag der Steuer betont
an, daß sie den bisherigen Verbrauch von Tabak
und die neuen Steuerhöhen in Anschlag bringt, wobei dann
eine Mehreinnahme von 159,6 Millionen herausgerechnet
werden. Dieser Optimismus ist schier unbegreiflich. Bei der
ungeheuren Verteuerung des Lebensunterhalts und dem um
Milliarden verringerten Einkommen der werktätigen Bevölke-
rung, das sich aus der Einziehung von Millionen Männern
zum Heeresdienst ergeben muß, ist der Rückgang des Ver-
brauches an Tabak, der zu den ganz wenigen bis zu einem
gewissen Grade entbehrlichen Genussmitteln der breiten Massen
gehört, absolut unaussprechlich. Das bedeutet dann aber ver-
minderte Arbeitslosigkeit für viele Tausende von Arbeitern
und Arbeiterinnen.

Deshalb muß dieses Steuergesetz für die Vertreter der
Sozialdemokratie absolut unannehmbar sein.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 3. März. (W. L. D.) Amtlicher Bericht von
Donnerstagnachmittag. Im Artois liegen wir östlich des
Weges Reubille nach Folle unter einem alten Krücher, dessen sich
der Feind bemächtigt hatte, eine Mine springen. Wir haben uns
des neuen Krüchers bemächtigt. In der Gegend von Verdun be-
schloß der Feind während der Nacht festig „Mort homme“. An der
Cote Poivre zwischen Malancourt und Forges, ebenso wie an den
Hauptübergängen der Maas geringe Artillerietätigkeit. Westlich der
Maas, in der Boeuvre, richtete der Feind gestern nach heftiger
Artillerievorbereitung gegen Ende des Tages einen lebhaften Angriff
auf unsere Stellung bei Fresnes. Er wurde aber bald durch einen
Gegenangriff aus den Teilen, in denen er hatte Fuß fassen können,
wieder herausgeworfen. In Lothringen Bombardement von
mehreren Stunden Dauer auf das Geschütz von St. Marie, dem
östlich von Vezange ein feindlicher Angriff folgte, der aber voll-
ständig zusammenbrach. Im Elsaß wurden einige Versuche, die
starke deutsche Patrouillen gegen einen Posten im Lauchthal richteten,
durch Handgranaten zurückgewiesen.

Paris, 3. März. (W. L. D.) Bericht von gestern abend.
In Belgien vernichtendes Feuer unserer Artillerie auf die feindlichen
Werke östlich von Eisenstraße. Zwischen Somme und Oise wurde
ein feindliches Werk durch unsere Batterien zerstört. In der Gegend
von Neuvrains in der Champagne wurde ein deutsches Flugzeug
von unseren Batterien dicht bei Suippe getroffen; es fiel brennend
in die deutschen Linien nieder. In den Argonnen haben wir ein
konzentrisches Feuer nördlich von Parages und auf den Wald von
Cheppy ausgeführt. In der Gegend nördlich von Verdun
und im Boeuvre-Gebiet hat die Tätigkeit der Artillerie, die in
den vorhergehenden Tagen etwas nachgelassen hatte, im Laufe des
Tages auf der ganzen Front, namentlich bei Mort homme auf der
Cote Poivre und in der Gegend von Douaumont, beträchtlich zu-

genommen; auf letzteren Punkt fanden nach einer Beschießung mehrere Infanterieangriffe von äußerster Heftigkeit statt. Diese Reihe von Angriffen wurde durch unsere Truppen abgeschlagen, deren Feuer die Reihen des Feindes dezimiert hat. Unsere Batterien haben überall kräftig auf die Beschießung geantwortet und die Verbindungswege des Feindes beschossen. Korstförmig von St. Michel haben unsere weittragenden Geschütze den Bahnhof Signeulles beschossen; nach den Berichten unserer Beobachter sind zwei Brände ausgebrochen; mehrere Züge wurden getroffen und eine Lokomotive zur Explosion gebracht. Im Oberelsaß große Tätigkeit der beiderseitigen Artillerie im Abschnitt von Seppois. In der letzten Nacht hat ein unserer Beschießungsgeschwader 44 Bomben aller Kaliber auf den Bahnhof von Chambley geworfen, der bedeutenden Schaden erlitten zu haben scheint. Trotz bestiger Beschießung sind unsere Flugzeuge wohlbehalten in unsere Linien zurückgekehrt. Am Tage haben unsere Flieger auch 40 Bomben auf den Bahnhof Bessdorf und neun Geschosse auf feindliche Gebäude in Vorcourt geschleudert.

Belgischer Bericht: Artilleriekämpfe besonders am nördlichen Teil der Front. Kampf mit Bombenwerfern bei Steenstraete.

Der russische Heeresbericht.

Petersburg, 8. März. (B. L. B.) Amtlicher russischer Bericht. Westfront: Am Renger-See beschossen die Deutschen die Dörfer Sapemich und Bigaun mit Schiffsgefechten. Ueber dem Abschnitt Niga erschienen zahlreiche deutsche Flugzeuge, die Bomben abwarfen. An der Düna zwischen Uezkül und Eisenhof (18 Kilometer südlich Uezkül) warfen feindliche Flugzeuge ebenfalls einige Bomben ab. Im Abschnitt Dänaburg beschossen die Deutschen unsere Stellungen bei Pluz und in der Gegend der Eisenbahn nach Poniewiez mit Minen von 4 Pud Gewicht (65,52 Kilogramm). Deutsche schwere Artillerie beschoss die Gegend am Swenten-See. Unsere Artillerie entwickelte gegen Nowo-Alexandrowsk und den Bahnhof Zurmunt (31 Kilometer südlich Dänaburg) eine wirksame Tätigkeit. — In Galizien an der mittleren Strzpa versuchten die Deutschen zweimal sich unseren Verschanzungen zu nähern, sie wurden jedesmal durch unser Feuer zurückgeschlagen.

Kaukasus: Die Türken setzten ihren Rückzug gegen Erginjan fort. Dort fand unsere Kavallerie vier von den Türken verlassene Geschütze. Unter unserem Druck setzt der Feind seinen Rückzug auf Bitlis fort. Wir besetzten Gotof und das Kloster Gerehigan, 10 Werst nordöstlich Bitlis.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 2. März. (B. L. B.) Bericht des Hauptquartiers: Einige feindliche Kreuzer und Torpedoboote haben zu verschiedenen Zeiten und in Zwischenräumen unwirksam den Strand von Sedd ul Bahr und von Telle Durun beschossen und ebenso in den Gewässern von Smyrna offene Städte ohne Verteidigungsanlagen, nämlich Koushadassi und einige südlich davon gelegene Ortschaften. Darauf zogen sie sich zurück.

Am 29. Februar drang ein englischer Kreuzer in den Golf von Akaba ein, beschoss unser Lager am Ufer und landete unter dem Schutze eines Kriegsschiffes ungefähr dreihundert Soldaten. Unsere Soldaten und freiwilligen Krieger setzten sich zur Wehr und vertrieben in der darauf folgenden Schlacht, die sechs Stunden dauerte, den Feind völlig vom Strande. Ein zweiter Versuch des Feindes, uns zu beunruhigen, schlug fehl. Die feindlichen Verluste sind ziemlich groß. Unsere freiwilligen Streitkräfte hielten sich während des Kampfes bewundernswürdig.

Von der Yemensfront wird in Ergänzung des letzten Berichtes gemeldet, daß beim letzten Kampf bei Dastuch zwischen Scheik Osman und Lahbi der Feind 100 tote hatte, darunter einen englischen General und den Führer des Landungskorps. Außerdem verlor der Feind zahlreiche Transporttiere. Der Feind machte während der Schlacht Gebrauch von giftigen Gasen. Der Emir der Stämme der Küstengegend von Aden bis Hadranaut kam nach der Schlacht von Dastuch und bot der osmanischen Regierung seine Unterwerfung an. Die östliche und westliche Küstengegend von Aden kam so unter osmanische Herrschaft. In Wirklichkeit haben die Engländer nur einen schwachen Einfluß auf Aden und Scheik Osman.

Von der Tral- und Kaukasusfront sind keine Nachrichten eingelaufen.

Stimmungsbilder aus Frankreich.

(Auf Grund französischer Originalbriefe.)

Die französische Presse ist sichtlich bemüht, die Grundstimmung der deutschen Bevölkerung fortgesetzt, aber den Tatsachen durchaus widersprechend als niedergedrückt zu bezeichnen. Welche Zwecke sie damit verfolgt, ist leicht einzusehen: Sie will nichts anderes, als den eigenen Landesleuten den hart gesunkenen Mut neu beleben und sie zu weiterem Durchhalten anspornen. Wie sehr sie dabei verfehlt, vor der eigenen Tür zu stehen, und wie wenig sie ihren Zweck erreicht, darüber geben am besten die Stimmen Auskunft, welche wir hier aus französischen Originalbriefen gesammelt haben. Sie alle datieren vom November 1915 bis zur jüngsten Zeit.

Heber
Die Stimmung an der französischen Ostfront unterrichtet uns folgende Briefe aus den Schützengräben an Verwandte in der französischen Heimat:

2. 11. 15.
... Wir wünschen sehnlichst das Ende des Krieges herbei; ich bin schon lange seiner überdrüssig, und ich glaube, Kameraden zu haben, die ebenso denken wie ich...

27. 11. 15.
... Du sagst mir, daß wir 1200 Gefangene gemacht haben, die Zeitungen haben es gebracht; aber was sie nicht gesagt haben, ist, daß die Boches ihrerseits 1800 der Unsrigen zu Gefangenen gemacht und das Gelände, das sie am Hartmannsweilerkopf verloren hatten, wiedergewonnen haben. ... Das sind die Fortschritte, die wir gegenwärtig machen. Wenn das so weiter geht, wird dieser Krieg nie ein Ende nehmen und kann noch unendlich lange dauern. ... Ich frage mich, wie das enden wird. Jedermann leidet und hat dieses traurige Dasein satt...

1. 1. 16.
... Wir haben schwere Verluste. ... Ich gäbe alles mögliche darum, um von hier wegzukommen. Man kann sagen, daß dieser Hartmannsweilerkopf das Grab des Menschen ist...

In der Hölle am 1. 1. 16.
... Meine Liebe, wenn Du wüßtest, welches Mutbad zurzeit hier angerichtet wird! ... Wie es hier zugeht! Ich bin vollkommen trostlos und glaube wohl, daß es diesmal mit mir zu Ende ist. Was willst Du, meine liebe Eugenie? Man sagt wohl, daß man mutig sein soll; ich bin es ja auch, aber manchmal verläßt uns doch der Mut, wenn wir so viele Kameraden unter dem Maschinengewehrfeuer fallen sehen. ... Ich sehe jetzt, daß unsere Offiziere unseren Tod wollen. Diese Angriffe sind tatsächlich unnütz, und ich sehe nun schließlich ein, daß unsere Offiziere unsere Feinde sind. ...

Vom U-Bootkrieg.

London, 8. März. (B. L. B.) Lloyd meldet aus Bordeaux: Der französische Dampfer „Lacme“ wurde am 29. Februar auf der Fahrt nach Dänischen bei der Insel d'Yeu versenkt. Sechs Personen werden vermisst.

Die Frage der bewaffneten Handelsschiffe.

Berlin, 8. März. (B. L. B.) Nach einer gestern durch das Reutersche Bureau veröffentlichten Erklärung geht die englische Auffassung über das Verhalten bewaffneter Handelsschiffe dahin, daß diese Schiffe auf Unterseeboote oder irgendwelche anderen Kriegsschiffe nicht feuern dürfen außer zur Selbstverteidigung; die deutsche Schlussfolgerung aus den auf genommenen englischen Schiffe gefundenen Schriftstücken, daß Handelsschiffe Weisung hätten, die Offensiv zu ergreifen, sei falsch.

Diese Erklärung ist irreführend, die deutsche Regierung hat die auf englischen Schiffen gefundenen Weisungen in photographischer Wiedergabe ihrer Denkschrift beigelegt, so daß sich jeder Unbefangene sein Urteil selbst bilden kann. Aus dem deutschen Material geht der wahre Charakter der angeblich nur zur Verteidigungszwecken bewaffneten englischen Schiffe klar hervor. Er ergibt sich schon aus dem ungewöhnlichen Nachdruck, mit dem die Geheimhaltung der Weisungen und die militärische Stellung der Besatzungsmannschaften zeigen, daß es sich hier nicht um die früher übliche Bewaffnung eines friedlichen Handelsschiffes, sondern um die Einstellung der britischen Handelsflotte in den Kampf gegen die deutsche Kriegsmarine handelt. Dazu kommt, daß in den Weisungen ausdrücklich gesagt ist, die Eröffnung des Feuers auf deutsche Unterseeboote solle von der Bornahme irgendeiner feindseligen Handlung durch das Unterseeboot nicht abhängig sein. Diese offensiven Weisungen werden nicht dadurch defensiv, daß sie sich in der Ueberschrift selbst als defensiv bezeichnen. Aus zahlreichen Fällen unprovokierter Angriffe, wie sie in der Anlage 4 der deutschen Denkschrift zusammengestellt sind, erhellt übrigens zur Genüge, daß die englischen Handelsschiffe den Sinn der ihnen erteilten Weisungen sehr wohl verstanden haben.

Wilson's Auffassung.

Washington, 2. März. (B. L. B.) Reutersmeldung. Im Senat sagte Stone, die Haltung des Präsidenten sei die, daß er, wenn ein deutsches U-Boot ein bewaffnetes Handelsschiff versenkte, Deutschland wegen eines ungeschlichen Aktes zur Verantwortung ziehen, und wenn Deutschland aus seinem Standpunkt beharrte, geneigt sein würde, die Beziehungen abzubauen und die Angelegenheit dem Kongress zu unterbreiten, der über den Krieg zu entscheiden hat. Stone mißbilligte die Haltung des Präsidenten, da er der Anschauung sei, daß ein bewaffnetes Handelsschiff einem Kriegsschiff gleichkomme.

New York, 2. März. (Durch Funkpruch vom Vertreter von B. L. B.) Die jüngsten Vorgänge im Kongress, die ein Bild von der Stimmung zugunsten einer Resolution geben, durch die den Amerikanern geraten werden soll, sich von bewaffneten Handelsschiffen fern zu halten, beherrschen andauernd die Lage. Associated Press berichtet aus Washington: Als die Mitglieder beider Häuser des Kongresses sich heute versammelten, schien die Lage wesentlich ruhiger geworden zu sein, obwohl sich noch Widerspruch gegen den Entschluß Wilsons geltend machte, darauf zu bestehen, daß Amerikaner das Recht hätten, auf Handelsschiffen Kriegsführender Staaten zu reisen. Der genaue Stand der Dinge wurde wie folgt dargestellt: Viele Mitglieder des Repräsentantenhauses und einige Senatoren, die durchaus im Unklaren bezüglich der genauen Vorgänge bei den Verhandlungen mit Deutschland sich befinden, fürchten, es würde zum Kriege führen, wenn die Amerikaner nicht von bewaffneten Handelsschiffen ferngehalten würden, und wenn Deutschland seinen Entschluß in die Tat umsetzen sollte, Handelsschiffe zu versenken, ob sie nun zum Angriff oder zur Verteidigung bewaffnet wären. Da sie nicht in vollem Umfang unterrichtet waren, wurden sie durch Mitteilungen beunruhigt, die Präsident Wilson seit der am Montag mit den

Parlamentsmitgliedern gehalten Unterredung angeblich gemacht hat, und die immer mehr verbreiteten wurden, während sie sich von Zimmer zu Zimmer verbreiteten. Sie wurden erstigt und beunruhigt durch Nachrichten, wonach Wilson darauf bestehen wolle, in seinem Punkte Deutschland nachzugeben, selbst wenn das zum Kriege führen würde, ferner, daß Wilson erklärt hätte, jeder weitere Angriff auf ein Schiff, bei dem ein Amerikaner sein Leben verliere, würde unzulässig zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen führen und schließlich, daß Wilson seine Gleichgültigkeit gegenüber der Haltung des Kongresses zum Ausdruck gebracht hätte. Alle diese Mitteilungen dienten dazu, unter den Mitgliedern des Kongresses Widerspruch zu erwecken und die Furcht aufkommen zu lassen, daß das Land unmittelbar in Gefahr gestürzt würde, wenn nicht das, was sie für die Politik der Regierung hielten, durch eine gesetzgeberische Maßnahme gemildert würde, indem die Amerikaner gewarnt werden. Der demokratische Senator Gore machte den Versuch, ein Gesetz, das die Reise von Amerikanern auf bewaffneten Schiffen verbietet, und auch eine ähnliche Resolution in demselben Sinne einzubringen, die, im Gegensatz zu einem Gesetz, der Zustimmung des Präsidenten nicht bedarf. Der Versuch wurde indessen durch den republikanischen Senator Brandegee vereitelt, und nach der Geschäftsordnung des Senats kann der Versuch erst am nächsten Tage wieder aufgenommen werden. Gore erklärte: Es scheint mir, daß das Staatschiff im vollen Laufe auf Klippen zutreibt oder getrieben wird. Ich bezweifle, daß Deutschland die Unverletzlichkeit bewaffneter Handelsschiffe zugestehen wird. Ich glaube nicht, daß die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten einen Krieg mit Deutschland auf Grund der Weigerung Deutschlands, solchen Schiffen sichere Fahrt zu gewährleisten, billigen würde. Gore erklärte weiter, Kanonen an Bord von Handelsschiffen seien ein Ueberbleibsel aus den Zeiten, da Freibeuter und Seeräuber die Meere besahen, und in einer Zeit, in der das Reisen auf solchen Schiffen den Frieden der Nation gefährde, sei es kein wirkliches Opfer an nationaler Ehre und Würde, die Amerikaner vor der Benutzung solcher Schiffe zu warnen.

Eine weitere Depesche der Associated Press besagt: Eine Möglichkeit, die sich unter anderen aufdrängt, war die, daß die ganze Schwierigkeit dadurch erledigt werden könnte, daß der Kongress sich dahin ausdrückte, Amerikaner sollten ihr Land nicht durch Reisen auf bewaffneten Schiffen in Kriegsgefahr bringen. Es wurde betont, daß eine solche Maßnahme etwas ganz anderes sei, als eine Verhinderung der Amerikaner an der Benutzung solcher Schiffe durch Gesetz, wie einige schwabende Gesetzesentwürfe und Resolutionen vorgeschlagen und daß sie nicht als eine Preisgabe von Rechten angesehen werden könnte. Stone veröffentlichte eine Erklärung, in der er sich gegen jede Maßnahme des Kongresses aussprach, bevor die diplomatischen Mittel erschöpft wären. Andere Berichte lauten ebenfalls dahin, daß keine endgültige Maßnahme erwartet wird, ehe die Vorlagen zu der deutschen Denkschrift in Washington eingetroffen sind.

Washington, 3. März. (B. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Es ist eine Erklärung von maßgebender Seite erschienen, welche die von Gore im Senat erhobenen Angriffe entschieden zurückweist. In der Erklärung wird mitgeteilt, daß einer der demokratischen Führer bei der Konferenz im Weißen Hause Wilson fragte, was die wahrscheinliche Folge eines amerikanischen Eingreifens gegen Deutschland sein würde. Wilson antwortete darauf, daß es dazu beitragen würde, den Krieg zu verkürzen. Es wird aber verneint, daß Wilson den Wunsch aussprach, daß die Vereinigten Staaten am Kriege teilnehmen sollten, um ihn abzukürzen. Lausung deutete an, daß die Vereinigten Staaten die deutsche Auffassung nicht annehmen können, daß ein Untersee-Boot infolge seines gebredlichen Baues Anspruch auf größere Rücksicht beim Angreifen habe als irgendeine andere Klasse von Kriegsschiffen. Dem Staatsdepartement wurde mitgeteilt, daß in Berlin Gerüchte umgehen, daß fünf Sechstel des Kongresses gegen Wilson seien. Die amtlichen Kreise geben dies bekannt, um zu zeigen, bis zu welchem Grade Berlin falsch unterrichtet sei.

Kriegsdebatte in der Sobranje.

Sofia, 3. März. (B. L. B.) Sobranje. Dr. Romischilow drückte die Verleumdung des bulgarischen Volkes über die Verwirklichung

Ueber den Zustand der aus der Front

beurlaubten Mannschaften

geben die nachfolgenden Briefe bemerkenswerte Aufschlüsse. So heißt es in einem solchen aus Paris vom Januar 1916:

... Er kam unmittelbar von der Front und war in einem Zustand, nicht wiederzukommen! Mein Vater bedrückt, erbarben, seine Haare starrten vor Schmerz, sein Bart war ellenlang, seine Stiefel hatten keine Sohle mehr, es tat einem weh, ihn anzusehen, wie jemand, den man wieder ausgegraben hat. Du wüßtest ihn 40 Jahre geben und er zählt erst 29! Man fragt sich, wann das Ende dieses abscheulichen Krieges, der so viele Menschen unglücklich macht, endlich kommen wird. ...

La Bagoge par le Mans (Sarthe) v. 27. 1. 16.

... Vigot ist vergangene Woche sechs Tage auf Urlaub gewesen, aber er ist nicht nach La Bagoge gekommen, weil er während der ganzen sechs Tage krank gewesen ist. Er mußte krank wieder abreisen, und seine Eltern haben ihn mit Gewalt nach der Bahn bringen müssen; denn er wollte nicht abreisen, er hatte schrecklichenummer. ... Deutzutage sind alle, die von der Front kommen, in ähnlichem Zustande; sie müssen so viel Elend durchmachen, daß sie nicht wieder zurückreisen wollen. ... Viele Deiner Kameraden sind tief entmutigt. ...

Willejuif, 2. 11. 15.

... Aber wieviel Elend sieht man! Alle diese armen Opfer des Krieges! In der Notre-Dame-Kirche erwecken sie Mitleid, alle diese armen Soldaten, die kamen, um zur heiligen Jungfrau zu beten. ... Es war rührend, und es tat weh. ...

In weiteren Briefen kommt die erzregte

Stimmung über die eigene Regierung

unzweideutig zum Ausdruck. Man ersieht aus ihnen auch, wie anders die wahre Stimmung des Volkes ist als die, welche die französische Presse schildert oder beeinflussend erzeugen will. So schreibt eine Mutter an ihren Sohn: „Es ist doch traurig, daß sich das arme Volk so hinrichten und hinschlachten lassen muß, bloß um einigen Dubend Dickhäuten Spaß zu machen. Sie sind die einzig Schuldigen; sie würden es verdienen, vernichtet zu werden, und nicht das Volk, welches nur Frieden und seine Ruhe verlangt.“ Eine Frau berichtet ihrem Manne nach der Front: „... Unser moralisches und materielles Leben liegt in den Händen von Verbrechern. Du kannst Dir wohl denken, daß sie von den Greuelthaten, die sie verbrochen, nicht erzählen. In den Zeitungen liest man doch nur Lügen.“ Und in einem anderen Briefe heißt es: „... Welch ähliches Schauspiel bereitet der Welt unsere ministerielle Unbejandigkeit! Es ist furchtbar, zu wissen, daß solche schändliche Erscheinungen unser Geschick in Händen halten!“

Ueber den Mangel an Menschen

liest man in einem Schreiben aus der Vendee: „Mir scheint, es soll dieser Krieg kein Ende nehmen. Die Soldaten werden im nächsten Jahre noch einmal alle auf Urlaub kommen; aber Du mußt wissen, ich glaube, wenn der Krieg noch so lange dauern sollte, weiß Gott, es würde keine Soldaten mehr geben. Was täglich fällt, das ist entsetzlich.“ — Und in einem solchen aus Tours: „Zimmer länger und länger wird die Liste, ich glaube, der Krieg wird aus Mangel an Kämpfern aufhören.“

Die sich häufenden

wirtschaftlichen Schwierigkeiten

in Frankreich lassen einen Briefschreiber klagen: „Wieder ist Allerheiligen und ich habe noch keine Handball Getreide gefüt. ... Wie oft hatten Allerheiligen viele die Aussicht beendet. Man verreckt oder schuftet bis zum Ende dieses verfluchten Krieges, der so unzählig viele inummer und Trauer führt und gar manche Familien ins Elend für immer.“ Ein Landwirt aus La Blanche schreibt im November über das gleiche Thema: „... Alles ist ausgehoben ... wenn das noch lange dauert, frage ich mich, was aus werden soll, denn innerhalb eines Monats wird die Jahresklasse 1917 ausrücken und ebenso die Klassen 1887 und 1888, man hat sie bisher zur Aussaat zurückgehalten.“ Denselben haben spinn ein Briefschreiber aus der Vendee: „... Diese jungen 18jährigen Leute unter den Fahnen zu sehen, das bedeutet den Ruin der Welt und vor allem der Heimat. Dieser Mangel an Arbeitskräften bewirkt für die Zurückbleibenden eine große Teuerung. ... Viele Güter, die kein Kapital haben, lassen sie einfach brach liegen ... ich fürchte, im nächsten Jahre wird es noch schlimmer werden.“

Die Teuerungssfrage

behandelt ein Brief aus Falgoux Ende Oktober 1915: „... Ich weiß nicht, wie ich's machen soll, denn die Männer sind hier recht dünn geät; das Land ist sehr teuer und alles steht hoch im Preise. Wenn das so weiter geht, was soll aus uns werden? ...“ Ein Pariser Brief schildert die Not der Arbeiterklasse wie folgt: „... Die Stellungen sind sehr schlecht und schlecht bezahlt, man sollte sich endlich gegen diese Bande von Kapitalisten, die aus dem Elend Vorleil ziehen, indem sie die armen Arbeiterinnen ausbeuten, offen empören. Die Männer können sich gegen einen achtfundigen Arbeitstag auf, uns armen Frauen aber sind sie unverstören genug, 10 Stunden Arbeit zugumuten, und uns dabei kaum mehr als den nackten Lebensunterhalt verdienen zu lassen. Weh! das so fort, so wird das, glaube ich, schlimmer endigen; denn 10 Stunden Arbeit sind das Minimum, öfters gibt es auch den 13- bis 15-stündigen Arbeitstag.“

der nationalen Bestrebungen aus und beschäftigte sich hauptsächlich mit der Widerlegung der Kritiken, welche die Oppositionsdredner gegen die Regierungspolitik gerichtet hatten. Malinow, welcher ein Grünbuch gefordert hatte, in welchem nachgewiesen werden sollte, daß die Regierung alle Mittel erschöpft habe, um den Krieg zu verhindern, hielt Romtschilow entgegen, daß Malinow bisher kein Grünbuch über die Unabhängigkeitserklärung veröffentlicht habe, welche unter seiner Regierung erfolgt sei, und daß Malinow selbst heute nicht anders handeln würde. Jetzt müsse man mutig und geduldig das Ende abwarten. Die Einigkeit, von der jeder gesprochen habe und welche jeder wünsche, erfordere die Mitwirkung jedes einzelnen, wenn nicht Bulgarien den schwersten Gefahren ausgesetzt werden solle. Romtschilow schloß: Jeder von uns ist vor allem Bulgare. Das ist die Gewähr eines glücklichen Endes.

Gemeinsame Handelsverträge der Verbandsmächte.

London, 3. März. (B. L. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der parlamentarische Korrespondent der „Times“ erfährt, daß in den nächsten Wochen Großbritannien, Frankreich, Rußland und Italien wahrscheinlich eine Erklärung unterzeichnen werden, daß keine der vier Mächte ohne Zustimmung der anderen einen Handelsvertrag mit Deutschland oder Oesterreich-Ungarn abschließen darf.

Die Meldung des „Times“ bedarf noch der Bestätigung. Da die Frage der Handelsverträge einen wichtigen Teil der Friedensverträge ausfüllen wird, ergibt sich das gemeinsame Vorgehen der Verbandsmächte ohnein als Folge des Abkommens, nur gemeinsam mit den Zentralmächten Friedensverhandlungen abzuschließen. Aus der „Times“-Meldung folgt indessen noch keineswegs, daß der Bierverband den Abschluß einer gegen die Zentralmächte gerichteten Jollunion beabsichtigt. Der Plan zeitlich gemeinsamer Handelsvertragsberatungen enthält also noch nicht ohne weiteres eine auch inhaltlich gleichartige zollpolitische Behandlung der Zentralmächte durch jeden einzelnen Bierverbandsstaat. Es ist bekannt, daß vor allem in Rußland gewichtige Stimmen gegen den Plan einer Jollunion des Bierverbandes aufgetreten sind.

Italien und Deutschland.

Bern, 3. März. (B. L. V.) Ein langer Leitartikel des „Giornale d'Italia“ bekämpft lautgewordene Kritiken an der Regierung und deren Handlungsweise. Das Blatt schreibt: Wir glauben, recht zu haben, wenn wir auf das bestimmteste eine Politik bedauern, die auf der Behauptung fußt, daß zwischen Frankreich und Italien nicht eine vollkommene Herzlichkeit der Beziehungen bestehe. Die Wahrheit, die wir ein für allemal glauben aussprechen zu können, ist gerade das Gegenteil. Denn zwischen den Regierungen von Rom und Paris besteht unbedingtes Vertrauen, engste Intimität und heiße Verschmelzung, basiert auf gegenseitiger klarer Aufrichtigkeit. Das Blatt bespricht alsdann die ausgebliebene Kriegserklärung an Deutschland und erklärt, daß diese Frage in der Gesamtheit viel komplizierter sei, als angenommen werde. Die Wertung, die französische Regierungskreise der Frage angedeihen lassen, sei ernsthafter und objektiver, als diejenige gewisser italienischer Elemente, die den Ursprung, die Begründung und die rechtliche Basis des italienischen Krieges vergessen zu haben scheinen.

Nordische Neutralitätskonferenz.

Stockholm, 3. März. (B. L. V.) Zu der nordischen Neutralitätskonferenz in Kopenhagen schreibt „Evenska Dagbladet“: Seit der Zusammenkunft in Malmö hat sich die Mißachtung der verschiedenen Kriegführenden für die Rechte der Neutralen vergrößert. Es ist klar, wie wichtig und zugleich wie schwer es ist, ungerechte Maßregeln zurückzuweisen und doch zu vermeiden, daß man in die Aktion der einen oder der anderen Seite mitverwickelt wird. Das ist eine Mahnung für die nordischen Staaten, eine Stellung einzunehmen, die nach allen Seiten hin gleichen Widerstand leisten kann. „Stockholms Dagblad“ meint: „Es dürfte überflüssig sein, besonders zu betonen, daß die Zusammenkunft keine Spitze nach irgendeiner Seite hat, vielleicht erscheint es aber doch sicherer, dies ausdrücklich zu sagen, wenn man an die Deutungsversuche denkt, die sich an die Zusammenkunft in Malmö geknüpft haben. Besonders ist es zu begrüßen, daß der ersten Zusammen-

über den

amtlichen Nachrichtendienst

und das französische Zeitungswesen schreibt ein Einwohner aus La Corbeil aus einer unter vielen: „... ich werfe nur einen Blick auf die amtlichen Kriegsbefehle, wie gewöhnlich jeden Abend. Marie frage mich, was es Neues gebe, und ob die Zeitung immer wieder diese berühmten Lügen bringe. Voll Jörn nahm sie mir dieselbe weg und warf sie in den Ofen, indem sie mir sagte, daß dies für die Widwen gut wäre. In der Tat glaubt man den Zeitungen nichts mehr, wenn man die Soldaten aus den Schützengräben hat ergötzen hören. Sie sagen die volle Wahrheit und sind glaubwürdig, aber das Papier läßt sich ruhig bedrucken.“

Die allgemeine Kriegsmüdigkeit in Frankreich geht aus nachstehenden brieflichen Ergüssen hervor, die nach der Front gerichtet waren.

Draguignan, 11. 11. 15.

... C, daß dieser Krieg doch schnell zu Ende ginge. Es ist jetzt genug. ...

Albanne, 14. 11. 15.

„Man erlebte nur die glücklichen Tage der Befreiung, wo man sich in guter Gesundheit wiedersehen kann, und es ist zu wünschen, daß dieser schreckliche Krieg, der uns so viele Tränen verursacht, so schnell als möglich zu Ende gehe. ...“

Dole, 27. 11. 15.

... Wenn doch nur das Ende dieses Krieges käme! Denn Ihr müht doch sehr müde sein und Ihr habt schon so viele Leiden ausgestanden seit so langer Zeit. Es wird gewiß viel mehr Kranke geben als Tote. Wir ersehnen lebhaft das Ende dieses Alpdrucks. ...“

Epinal, 28. 11. 15.

... Dieser Krieg wird doch auch einmal ein Ende nehmen; ich bin seiner recht überdrüssig, wie jedermann hier. Das Elend wird auf dem Lande bald Platz greifen, wenn es noch so weiter geht. ...

Den Reigen dieser Stimmen aus dem Volke möge ein interessantes Gegenstück zu den Klagen über das Aussehen der französischen Soldaten beschließen. In der „Ceuvre“ vom 15. Februar sind zwei amtliche Schreiben des ersten Bezirkschefs des verschanzten Lagers von Paris an die Generaldirektion des Proviantwesens abgedruckt, in denen es bezüglich der Reklamationen an die Militärmagazine unter anderem lautet: „Es wird empfohlen, das schlechteste Mehl zu liefern“ und „Da es sich um militärische Angelegenheiten handelt, ist es zulässig, die Lieferungen in einer Qualität auszuführen, die an bürgerliche Mädelereien nicht gekoppelt werden könnte.“

Der hier wiedergegebene Auszug möge für diesmal genügen; er ließe sich um Duzende weiterer Beispiele vermehren. Eines besonderen Kommentars bedürfen die in Uebersetzung angeführten Briefe als Selbstbekenntnisse aus französischem Munde nicht, da Zuzüge deren Wirkung nur abzuschwächen vermöchten. B. L. V.

Kunst in Schweden jetzt eine auf dänischem Boden folgt, und hierin ist ein Wahrzeichen zu erblicken für die Aufrechterhaltung und Entwidlung des guten Einverständnisses und des vertrauensvollen Zusammenarbeitens zwischen den drei nordischen Reichen nach dem Grundsatz: Einigkeit macht stark.

Politische Uebersicht.

Der Justizetat im Lichte des Weltkrieges.

Das Abgeordnetenhaus beriet am Freitag, nachdem es die Gesetzentwürfe betr. weitere Beihilfen zu Kriegswohlfahrtsaufgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände und betr. Förderung der Ansiedlung in dritter Lesung angenommen und den Fischereigesetzentwurf an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen hatte, den Etat der Justizverwaltung. Die Vertreter der Mehrheitsparteien waren des Lobes voll über die herrlichen Leistungen unserer Justiz, die nach Ansicht des konservativen Abg. Delbrück ihre Aufgabe auch im Kriege erfüllt hat. Herr Delbrück zog daraus den etwas kühnen Schluß, daß die Klagen namentlich der äußersten Linken unbegründet seien. Wie überreicht dies Urteil aus konservativem Munde war, bewiesen die Ausführungen des Abg. Kanjom (Fortschr. Volksp.), der nicht mit Unrecht einen Vergleich zwischen den ungemein schweren Strafen, die wegen Vaganttaten auch heute noch verhängt werden, und zwischen den milden Urteilen gegen Kriegsvwanderer zog.

Während sich die Vertreter aller bürgerlichen Parteien auf die Vorbringung einzelner Wünsche, z. B. den Wunsch nach Fürsorge für die durch den Krieg geschädigten Rechtsanwältinnen und nach Neuregelung der Zahlungspflicht für Hypotheken unter Berücksichtigung der Kriegsverhältnisse beschränkten, bemühte sich Genosse Liebknecht, von allgemeineren Gesichtspunkten aus die Mißstände unserer heutigen Justiz im Zusammenhang mit dem Kriegszustande zu erörtern. Obwohl er sich in seinen Ausführungen streng an die Sache hielt, bekam der Vizepräsident Dr. v. Krause es fertig, ihn wiederholt mit dem Hinweis auf die geschäftsordnungsartigen Folgen zu unterbrechen. Es gehört wirklich eine ganz eigenartige Logik dazu, Bemerkungen eines Redners, der sich über die Zunahme der Kriminalität der Jugendlichen und der Frauen verbreitet, als nicht zur Sache gehörig zu bezeichnen, weil der Redner hierbei auch die wirtschaftlichen Zustände und die allgemeine Grundlage unseres sozialen Lebens in den Kreis seiner Betrachtungen ziehen wollte. Bisher war eine derartige Einschränkung der Redefreiheit selbst im preussischen Dreiklassenhaus unbekannt, aber anscheinend läßt der Ruhm eines Kröcher seligen Andenkens den nationalliberalen Vizepräsidenten nicht schlafen. Die Ausführungen Liebknechts erregten trotz ihrer formell gemäßigten, wenn auch in der Sache scharf zupackenden Form wiederholt die Entrüstung der bürgerlichen Parteien, deren ungestüme Proteste offensichtlich nicht ohne Einfluß auf den Präsidenten blieben. Natürlich blieb demgegenüber auch der entsprechende Protest der Sozialdemokraten nicht aus. Trotz der zeitweilig recht stürmischen Szenen verstand es Liebknecht doch, alle Klippen und Fährnisse geschickt zu umschiffen und seine Rede unter dem lebhaften Bravo seiner Fraktionsangehörigen zu Ende zu bringen.

Die Entgegnung des Justizministers bewegte sich in den jähresüblichen Bahnen. Herr Beseher gehört ohnehin nicht zu den markanten und polemisch glücklichen Sprechern am Regierungstische, und der ihm demonstrativ gespendete Beifall stand im schroffen Kontrast zu den von ihm vorgebrachten Belanglosigkeiten. In einer kurzen Replik wies Genosse Liebknecht in pointierter Form die bequemen Unterstellungen des Justizministers zurück. Die bürgerlichen Parteien bemüht sich dabei, durch andauernden Lärm die unbequemen Feststellungen Liebknechts zu übertönen.

Was kann die Kriegsgewinnsteuer einbringen?

Im Handelsteil des „Berliner Tageblatt“ wird eine Berechnung aufgestellt, wonach 53 einzeln angeführte Aktiengesellschaften gemäß dem „Vorbereitungsgesetz“ 34 1/2 Millionen Mark aus dem im Kriege erzielten Gewinn für die Zwecke der Kriegsgewinnsteuer zurückgestellt haben. Die Zahlen sind insofern nicht genau, als diese Rückstellungen bei manchen Gesellschaften nicht auch Summen für andere Zwecke enthalten. Ferner wird betont, daß das „Vorbereitungsgesetz“ zwar vorsah, daß 50 Prozent des den Durchschnittsgewinn der letzten Friedensjahre übersteigenden Gewinnes zurückzustellen sind, nach dem jetzt vorliegenden Entwurf die Steuer aber im höchsten Falle 45 Proz. des Mehrgewinnes betragen soll. Dann wird folgende halbbrecherische Rechnung aufgestellt: diese 53 Gesellschaften haben im Durchschnitt 650 000 W. zurückgestellt; die Zahl der deutschen Aktiengesellschaften beträgt rund 6800; nimmt man an, daß der sechste Teil aller Gesellschaften Kriegsgewinne erzielt, so wären das annähernd 1000; nimmt man an, daß bei diesen 1000 Gesellschaften die Steuer für die drei Kriegsjahre die Hälfte dessen betragen wird, was bei 53 Gesellschaften zurückgestellt haben, also bei jeder 325 000 Mark, so würde sich ein Betrag von 325 Millionen Mark für die drei Kriegsjahre ergeben. In dieser Rechnung sind nun alle Annahmen durchaus willkürlich; weder kann der bei den 53 Gesellschaften herausgerechnete Durchschnitt als typisch gelten (die Liste kann eben nur die Gesellschaften umfassen, die nach Inkrafttreten des „Vorbereitungsgesetzes“ im Dezember 1915 Abschlüsse veröffentlicht haben, noch ist die Annahme einleuchtend, daß ein Sechstel sämtlicher Gesellschaften „Mehrgewinne“ im Sinne des Steuergesetzes erzielt; der für die einzelne Gesellschaft angenommene Durchschnitt ist ebenfalls nicht motiviert. Die herausgerechnete Ziffer von 325 Millionen Mark als Ertrag der Besteuerung der Gesellschaften ist daher ganz wertlos; man kann ebenso gut auf das Doppelte raten, wie auf die Hälfte dieser Zahl.

Es ist eben eine finanzpolitisch recht unangenehme Tatsache, daß man es bei der Kriegsgewinnsteuer mit einer Einnahmequelle zu tun hat, deren Ergiebigkeit vollständig rätselhaft ist, sich in keiner Weise vorausberechnen läßt. Das kann nicht wundernehmen, wenn man weiß, daß die Statistik in bezug auf die kapitalistischen Unternehmungen überhaupt im Argen liegt. Im „Statistischen Jahrbuch“ für das Deutsche Reich“ wird zwar eine Aufstellung mitgeteilt, wonach im Jahre 1911/12 von 4712 Aktiengesellschaften 3936 Gewinne in der Gesamtsumme von 1571 Millionen Mark erzielten, während 700 Gesellschaften Verluste hatten und 76 ohne Gewinn und Verlust abgeschlossen; aber diese Statistik ist durchaus mangelhaft. Will man bei der Steuer die außergewöhnlichen Verhältnisse der Kriegswirtschaft erfassen, in bezug auf welche überhaupt keine Erfahrungen vorliegen, so tappt man selbstverständlich vollends

im Dunkel. — Allerdings gibt es die Möglichkeit, wenn nicht die volle Wahrheit über die von den Aktiengesellschaften zu erzielenden Gewinne zu erfahren, so doch Anhaltspunkte für eine Schätzung zu gewinnen. Die Großbanken dürften nämlich hier ziemlich gut informiert sein, da sie ein Interesse daran haben, die Aktien möglichst zuverlässig einzuschätzen. Indessen, trotz der guten Beziehungen, die der neue Schatzsekretär zur Bankwelt hat, soweit werden die Bankverwaltungen die Liebeshörigkeit sicher nicht treiben, daß sie ihm Einsicht in ihr sorgfältig gehütetes Informationsmaterial gewähren. Andererseits scheut sich zwar der Staat nicht, kraft der Befugnisse, die er sich während des Belagerungszustandes verschafft hat, die Angabe über den Kartoffelvorrat in jedem Haushalte durch Androhung von schärfsten Strafen zu erzwingen. Aber so weit geht seine Kühnheit wohl nicht, daß er die Herren von der Hochfinanz zur Preisgabe ihrer Geschäftsgeheimnisse zwingen würde. Vor den Türen, die zum Allerheiligsten des Kapitals führen, macht auch die stärkste Gewalt halt.

Auf die in der Ueberschrift gestellte Frage gibt es somit keine Antwort, die Gesetzgeber operieren mit einer Rechnung von lauter Unbekanntem. Daraus folgt indessen nur, daß man möglichst scharf zugreifen soll. Schreiben dann die Dividendeninhaber Fetermordio, weil es gar zu scharf über die Profiteure hergeht, dann muß man halt sie beweispflichtig machen und wird dann vielleicht einiges über ihre Geheimnisse erfahren.

Mehr Schutz der Jugendlichen!

Die sozialdemokratische Fraktion hat zur zweiten Lesung des Vergewaltigungsstrafgesetzes die Regierung zu ersuchen:

1. Die von den Vergewaltigten seit Beginn des Krieges zugelassene Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Bergwerksbetrieben unter Tage sofort aufzuheben;
2. Die Beschäftigung weiblicher und jugendlicher Arbeiter in Berg- und Hüttenwerken mit Arbeiten, die die Kräfte dieser Arbeiter übersteigen und sich besonders für die weiblichen Arbeiter nicht eignen, zu untersagen;
3. Die Beschäftigung weiblicher und jugendlicher Arbeiter in Berg- und Hüttenbetrieben überhaupt nur dann zuzulassen, wenn vorher die erforderlichen Bedingungen für den Schutz der Gesundheit und Sittlichkeit dieser Arbeiter erfüllt sind.

Staatsunterstützung für sozialdemokratische Jugendvereine. Der sächsische Kultusminister erklärte am Mittwoch in der Zweiten Kammer, künftig würden auch sozialdemokratische Jugendvereine eine Staatsunterstützung zur Erhaltung der Jugend erhalten.

Spiritusverteilung in Ungarn.

Das Budapestter Amtsblatt veröffentlicht eine Regierungsverordnung, wonach zur Sicherung des öffentlichen Bedarfs an Spiritus die Sperre sämtlicher Spiritusbestände der der Konsumsteuer unterliegenden Spiritusbrennereien und Freilager angeordnet wird.

Kriegsbekanntmachungen.

Briefe an Lazarettinsassen.

Amtlich. Berlin, 3. März. (B. L. V.) Häufig treten in der Postauführung an in Lazaretten befindliche Personen Verzögerungen ein, weil die Adressenangaben zu all-gemein gehalten sind. B. V. genügt nicht die Bezeichnung „An Grenadier A. Lazarett Königsberg i./P.“, sie muß vielmehr heißen „An Grenadier A. Grenadier-Regiment 1, Festungs-Lazarett V Königsberg i./P.“, oder „An Musikleiter Karl Müller, Infanterie-Regiment 41, Vereinslazarett Königsberg i./P.“. Bei oft vorkommenden Familiennamen ist die Angabe des Vornamens auf der Adresse ratsam.

Letzte Nachrichten.

Anfrage im Unterhause.

London, 29. Februar. (B. L. V.) Unterhaus. Snowden fragte, ob die Regierung vor dem Abschluß des Vertrages, daß die Verbündeten keinen Sonderfrieden machen würden, bei allen Verbündeten festgestellt habe, was ihre Ziele in dem Kriege wären, und was sie an Garantien, territorialen Zugeständnissen und Handelsvorzügen erwarteten. Lloyd George erwiderte, es sei nicht wünschenswert, Mitteilungen über den Gedankenaustausch zwischen den Verbündeten zu machen, als sie sich verpflichteten, keinen Sonderfrieden zu schließen. Snowden fragte darauf, ist es nicht eine Tatsache, daß ein geheimer Vertrag mit Italien geschlossen wurde, der Italien als Preis für seinen Eintritt in den Krieg große Strecken österreichischen Gebietes versprach? Der Sprecher sagte darauf: Wenn es ein geheimer Vertrag ist, so wird er nicht länger geheim bleiben, wenn die Frage beantwortet wird.

Sir John Simon sagte, daß entgegen dem ausdrücklichen Versprechen des Premierministers einzige Söhne von Witwen in die Armee eingestellt wurden. Ferner sei die Art, wie Leute, die militärisch untauglich befunden wurden, von den lokalen Gerichtshöfen behandelt würden, in direktem Widerspruch zu den Erklärungen, die der Unterstaatssekretär für den Krieg im Parlament gegeben hatte. Es wäre Zeit, daß die Militärbehörden ihr eigenes Dienstpflichtgesetz zu verstehen angingen. Walter Long bedauerte den Ton von Simons Rede. Health (Nationalist) sagte, Sir John Simon habe nicht das Recht, das Kriegsamt in dieser Weise anzugreifen. Es sei gesagt worden, daß, wenn es den Deutschen gelänge, bei Verdun durchzubrechen, Paris und London in Gefahr seien, und während dieser furchtbaren Kampf fortginge, müßte das Haus diese Rede von einem der Minister hören, die den Krieg gemacht haben, und der mitverantwortlich für den Mangel an Vorbereitung für den Krieg ist. Simon hätte dem Beispiel von John Burns folgen sollen, der aus dem Kabinett austrat, um nicht die Verantwortung für den Krieg zu übernehmen, und der seitdem kein Wort der Kritik gegen seine früheren Kollegen gesagt hat.

Die Humanität gegen die Zensur.

Bern, 3. März. (B. L. V.) In einem Leitartikel der „Humanität“ wird die alte Frage der Veröffentlichung der feindlichen Heeresberichte durch die französische Presse aufgerollt. Es wird ausgeführt, daß die angstvolle Erwartung, womit die Öffentlichkeit seit einer Woche den furchtbaren Kampf um Verdun verfolgte und der leidenschaftliche Wunsch des Publikums, sich aus allen Quellen zu unterrichten, danach verlange. In der ganzen Welt sei nach der Ansicht der intelligenten französischen Zensur allein das geistvollste Volk der Erde unfähig, fastbiologisch auch die Berichte des Gegners zu lesen. Dies sei erniedrigend. In dem Artikel wird ferner mit dem Hinweis darauf, daß diese Berichte durch die ausländische Presse doch bekannt würden, das Gebahren der Zensur ins lächerliche gezogen, die anscheinend der französisch-schweizerischen Presse ein Monopol auf alle diese Berichte einräume.

Zur Haltung Amerikas.

Washington, 2. März. (B. L. V.) Spät in der Nacht einigten sich die Regierung und die Senatoren in einer Konferenz mit den Republikanern dahin, die von Gore vorge-schlagene Resolution morgens zur Besprechung zu bringen und nicht zuzulassen, daß ein anderer Antrag an ihre Stelle gesetzt werde.

Die 4. Kriegsanleihe ist zu zeichnen. Jeder kann und jeder soll und jeder muß zahlen!

Der unergleichen Selb- und Opfermut unserer Väter und Brüder hat die Flut der Feinde, die in unser Vaterland einbrachen und es zu zertreten drohten, längst gestaut und in erstaunlichem Siegeszug in West und Ost und Süd weit in Feindesland zurückgedrängt, und ein Reich, eisensest, ein Wall von Weibern, unbesiegbar und unbezwingbar, schlägt uns Gut und Leben. Herronnen ist der Feinde Zahlenswahn, ihr Wauern auf ihre zermalmenen Massen, ihre so heimlich, so fein gesponnenen Anschläge, alles elend zerronnen. Um ihres eigenen Besitzes Sicherheit drückt sie nun schon die Sorge. Zunichte auch der türkische, teuflische Plan, uns mit Weib und Kind jämmerlich auszuhungern, gescheitert an Gottes gnädiger Erntehilfe und an des deutschen Volkes einträchtigem, festen, entsetzungsfrohen Siegeswillen. Längst ist der Hungerring durchbrochen.

Und doch noch immer nicht geben die Feinde ihre verlorene Sache verloren. Auf das schließliche Versagen unserer Geldkraft, auf unseren Bankrott rechnen sie; daß unser Geldbeutel doch wird endlich den leeren Boden zeigen müssen, das ist der Gedanke, an den sie sich in ihren Mißerfolgen und Niederlagen auf allen Fronten noch immer klammern, dabei noch immer in tönender Phrase mit ihrer Siegeszuversicht die Welt beläugend. Sie freilich haben für Kriegsrüstung Milliarden ins Ausland werfen müssen, haben dazu mit Unsummen Genossen ihres Verbrechens fördern müssen. Wir haben durch unserer Waffen Sieg uns Bundesgenossen zugesellt und haben unser Geld im Lande behalten. Unererschüttert, noch mit Vollkraft arbeitet unsere Wirtschaftsmaschine. Was unser Volk dem Staate bisher geliehen, fließt in gleichem Rundstrom immer wieder in die Taschen aller Verdüsterungsstreife zurück. Nicht ärmer sind wir während des Krieges geworden.

Nun ist die 4. Kriegsanleihe zu zeichnen.

Was soll die 4. Kriegsanleihe? Sie soll unsere Lieben da draußen mit allem Erforderlichen versehen, soll ihnen Herz und Sinn und Kraft fählen, soll unserer Heeresverwaltung reichlich die notwendigen Kriegsmittel gewähren, damit nichts fehle, was zum Siege dient.

Sie soll aber noch viel — viel mehr! Soll etwa ein minderes oder auch nur mäßiges Ergebnis dem Feinde seine Hoffnung neubeleben, ihm den Rücken stärken, — unseren Heldengrauen aber den Sieg erschweren, ihre Ausfreugungen, Gefahren und Opfer vermehren und verlängern? Nein!

Schlagen soll sie den Feind,

die letzte Säule seiner Hoffnung soll sie ihm zertrümmern, zeigen soll sie ihm, daß wir, je länger der Krieg dauert, je mehr Milliarden aus der Erde stampfen, soll ihm und aller Welt mit ungeheuren Zahlen beweisen, daß die auf deutschen Fleiß, auf deutsche Ordnung und auf deutsche Opferfreudigkeit gegründete deutsche Geldkraft nie versagen und niemals versiegen kann. Eine Riesengeldschlacht gilt es für uns Dabeimgebliebene zu schlagen und einen Riesensieg zu gewinnen, der wie wuchtiger Keulenschlag dem Feinde auch den letzten Haat zerschmettert, ihn aus seinen Lügen reißt und ihn die harte Wahrheit endlich begreifen und bekennen läßt: Unbezwingbar ist Deutschland!

Wieviel Geld wird noch heute vertan! Wollen wir wohlleben, können wir denn überhaupt genießen, während Tausende und aber Tausende da draußen darben, kämpfen, sterben — für uns?

Heraus mit den silbernen Kugeln, heraus mit all dem Geld, das nur dem Genuße, nicht dem Leben dient! Dem Vaterland gehört es in dieser entscheidungsvollen Stunde.

Und nicht einmal opfern sollen wir es, nein, nur jetzt für den Augenblick es uns entziehen und dem Vaterlande helfen zu unserem Besten und dazu zu eigenem, nicht unbeträchtlichem Gewinn.

Jeder muß zahlen, auch der Kleinste, jeder kann zahlen!

Auf hundert Mark lautet das kleinste Stück der Anleihe. Aber auch für den, der keine hundert Mark aufbringen kann, ist an vielen Orten Gelegenheit geschaffen, sich zu beteiligen. Wo es noch nicht geschehen ist, möge man diesem Beispiel folgen! Schulen, besonders eingerichtete Zahlstellen, Vertrauensmänner, Genossenschaften jeder Art, auch Sparkassen können solche kleinen Einzahlungen entgegennehmen, sie aufsummeln und die Summe in Kriegsanleihe anlegen, deren hoher Zinsfuß auf diese Weise den einzelnen Zahlern direkt zugute kommen soll. Ganz in gleicher Weise können Sparvereine, wie sie jetzt schon vielfach bestehen, verfahren, Vereine jeder Art können aus ihren Mitgliedern kleine Spargenossenschaften bilden; Spielklubs und Kränzchen, die an jedem Ort in großer Zahl vorhanden sind, und von denen viele für irgendeinen gemeinsamen Zweck, einen Ausflug, eine Reise oder dergleichen, aus kleinen Beiträgen, Spielgewinnen u. dgl. ein paar hundert Mark sammeln, können jetzt statt dessen Reichsanleihe erwerben. Überall wird sich ein allen zusagender Weg finden lassen, soweit es sich darum handelt, jedem Beteiligten zu einem angemessenen Zeitpunkt seinen Zins- und Kapitalanteil wieder zukommen zu lassen.

Man wende nicht ein, es handle sich da überall nur um Kleinigkeiten. Bei der dritten Kriegsanleihe haben im ganzen Reich 246 000 Schüler höherer Schulen über 81 Millionen Mark aufgebracht. In einzelnen Kreisen, wo die Arbeit besonders rührig war, sind überraschende Erfolge erzielt worden. In einem kleinen schlesischen Kreise wurden bei der zweiten Kriegsanleihe über 140 000 Mark, bei der dritten fast 170 000 Mark allein durch die Schulen gezeichnet. Ein ähnlich gutes Verhältnis für ganz Deutschland würde zu ganz unerwartet hohen Ziffern führen.

Viele Wenig haben noch immer und überall ein Viel gegeben. Und jetzt werden sie ein riesiges Viel geben, wenn jeder voll und ganz seine Pflicht tut. Jeder sei sich seiner Mitverantwortung bewußt, keiner zahle, bloß um gezahlt zu haben. Jeder lege sich freiwillig und freudigen Herzens Einschränkungen auf. Die Einschränkungen, die wir tragen, sind ja ganz winzig gegenüber dem, was unsere Braven im Felde täglich und stündlich für uns opfern; gegenüber dem Elend aber, vor dem unserer Führer Scharfsinn und Tapferkeit und unserer Brüder Mut und Blut uns bewahrt hat, sind sie nichts, rein gar nichts!

Nicht Almosen leidet die Größe des Siegespreises, nicht lässiges Spiel, nicht Wohltätigkeitssport, sondern bewußten, kräftigen Verzicht erheischt sie und volles Anspannen der äußersten Kraft im Geben.

Groß gehungert und groß gedurbt hat sich ja das deutsche Volk. Es wird auch jetzt sich ablagern können, was Sieg und Größe des Vaterlandes fordert.

Zum Zeugen und Mitvollzieher einer großen Zeit ist jetzt jeder Deutsche geweiht. Was wir heute erdulden und erstreiten, wird Segen für Hunderte von Generationen, Unseggen aber, was wir heute versäumen. Hundertsache Verantwortung trägt jeder!

Überall im deutschen Land, von den Alpen bis zum Meer, in Stadt und Land, rüstet sich schon das ganze deutsche Volk in allen Schichten und allen Lebensaltern zu dieser Riesenschlacht, sammelt im stillen alle Kräfte und holt aus zum ungeheuren Schlage.

Daß er mit deutscher Sicherheit und deutscher Macht, wie Wettertschlag, zerschmetternd, vernichtend, entscheidend treffe, dazu reche jetzt jeder ganz seinen Mann.

Dann kann die 4. Kriegsanleihe unsere Siegesanleihe werden.

Wer zahlt, was er kann, hilft mit zu Sieg und Frieden!

Wer nicht zahlt, was er entbehren kann, verlängert den Krieg!

Die Justiz im Kriege.

Abgeordnetenhaus.

20. Sitzung. Freitag, den 3. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Freiherr v. Schorlemer, v. Voßell, Weseler.

Der 200 Millionen-Kredit für die Kriegsfürsorge-tätigkeit der Gemeinden und das Anstaltungs-gesetz werden in dritter Lesung debattelos angenommen.

Das Fischereigesetz wird an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Darauf wird die

zweite Lesung des Justizgesetzes

fortgesetzt.

Abg. Delbrück (L.):

Die Bundesratsverordnung über die Entlastung der Gerichte beweist wieder, wie notwendig eine Reform der ganzen inneren Verwaltung ist. Erfreulich ist, daß einer ganzen Anzahl von Insassen unserer Gefängnisse jetzt im Kriege Gelegenheit gegeben ist statt dessen für das Vaterland zu kämpfen.

Abg. Reinhard (Z.):

Trotz des großen Ausfalls an Personal ist die Justizverwaltung dank der Loyalität der zurückgebliebenen Beamten auch im Kriege im allgemeinen ihren Aufgaben gerecht geworden. Manche Amtsgerichte sind aber doch so überlastet, daß man mehr Hilfskräfte einstellen sollte.

Justizminister Weseler:

Das Fortkommen der aus dem Kriege heimkehrenden Juristen werden wir durch möglichst weitgehendes Entgegenkommen fördern. Die Zeit ihrer Jugendfröhen zum Heere, die Zeit, die sie gebrauchen werden, um das nachzuholen, was ihnen in der Zwischenzeit entgangen ist, werden wir als Dienstzeit anrechnen.

Abg. Niepmann (natl.):

Befürwortet eine Verkürzung der Anwaltszeit der Richter und wünscht eine Neuordnung des Hypothekensystems entsprechend den Kriegsverhältnissen.

Abg. Kanjow (Sp.):

Der Erlaß des Kaisers, den jedweden der Justizminister an-geregt hat, wonach die Strafverurteilung in den Polizeistrafen nach einer Bewährungszeit von zehn Jahren zu lösen sind, ist sehr zu be-grüßen. (Sehr richtig!) — In der Art, wie in der heutigen Zeit noch manchmal Urteile gefällt werden, nur zwei Beispiele. Eine Frau, die auf das Gefängnis einer Anstaltsfrau hin von einem allgemein geachteten Oberbürgermeister behauptet hatte, er habe morgens frische Brötchen gegessen, wurde zu einem Jahr Ge-fängnis verurteilt. (Hört! hört! links.) Ein Mann, der sich durch Wucher ein Vermögen von 50 000 M. erworben hatte, kam mit 1000 M. Geld frei davon. (Erneutes Hört! hört! links.) Wir begrüßen die Anweisung des Ministers an die Staats-anwälte, in Wucherfällen energisch einzugreifen.

Justizminister Weseler:

Näheres läßt sich noch nicht sagen. Die vom Abg. Kanjow be-sprochenen Urteile sind allerdings sehr auffällig, aber es handelt sich um gerichtliche Entscheidungen, gegen die ich nichts tun kann. Dem vom Vorredner erwähnten kommandierenden General lag nach meiner Kenntnis der Person und der Sache eine Beeinflussung der Rechtsprechung durchaus fern, er wollte bloß veranlassen, daß die Gerichte gewisse jetzt besonders zu würdiggende Umstände auch be-achten.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Es ist sehr bedauerlich, daß wir keine Statistik haben über ge-wisse soziale Erscheinungen, die sich widerspiegeln im Spiegel der Justiz unter den heutigen Kriegsverhältnissen. So fehlt eine Statistik darüber, wie viel Konkurse im Kriege nicht haben eröff-net werden können wegen Mangel an Masse, eine Statistik über die Ermittlungen, über Klagen aus Abzahlungsgeschäften, über die Firmenbankrotten und über die gesamten Vorgänge bei Firmen- und Gesellschaftsregistern, woraus man vielleicht entnehmen könnte, in welch ungeheuren Umfang kleine Existenzen durch den Krieg zugrunde gerichtet worden sind. Es fehlt uns eine Klarheit über die Verhältnisse auf dem Grundstücksmarkt, darüber, welche neuen Gesellschaften gegründet sind speziell zum Zweck der Ausweitung des Volksgutes, auch darüber, in welchem Umfang Kapitalverbindungen bei bereits be- stehenden Gesellschaften stattgefunden haben, die zum Teil in die Millionen gegangen sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine Statistik der Kriegsnotverordnungen würde zeigen, daß sie weiter nichts sind als ein Herumdoktern an der Ober-fläche, ein Stückwerk, das den wirtschaftlichen Kriegsschäden nur abhelfen werden kann, indem man die Wurzel des Kapitalismus trifft. Die Kriegsnotgesetze reichen zur Not gerade aus, damit die Bevölkerung verhindert wird, zum Alleräußersten, zur Selbst-hilfe gegenüber den furchtbaren wirtschaftlichen Sädingungen zu schreiten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Eine solche Statistik würde ein Mängelbild ergeben der ungeheuren Verwundungen und Zerstörungen, die der Krieg dem kapitalistischen Wirtschaftskörper zugefügt hat und immer weiter zufügt, ein Mängelbild von der kapitalistischen Elephantiasis, die der Krieg hervorgerufen hat. (Weiterleit rechts.) In den meisten Zweigen des Großkapitalismus, und ein Bild von der Zerreißung des Mittelstandes und der heillosen Steigerung der Proletari-sierung der Massen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemo-

kraten.) Sie würde außerdem ergeben, was es auf sich hat mit dem bekannnten Wort: „Sozialismus, wohin wir blicken“. Das ganze erschreckende Gesicht der Kriminalität kann nie voll in den Spiegel der Justiz aufgenommen werden. Es besteht heute sicher eine größere Spannung als je zwischen der wirklichen und der von der Justiz erfassten Kriminalität. In bezug auf die erfasste Kriminalität fehlt es auch an statistischen Unterlagen und außerdem wird die strafrechtliche noch künstlich versteckt gehalten vor der Bevölkerung, einmal durch die immer mehr um sich greifende Tendenz zur Ausschließung der Öffentlichkeit und weiter durch die Zensur, die es verhindert, daß die Öffentlichkeit über die Kriminal-justiz ein klares Bild gewinnt. So ist es dem „Vorwärts“ verboten, ohne Erlaubnis der Zensur über irgendwelche Verhaftungen zu be-richten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ueber politische Dinge, die Erregung verursachen könnten, zu berichten, ist ihm grundsätzlich verboten. So durfte er vor kurzem über die bevor-stehende Entlassung von Frau Dr. Rosa Luxemburg aus dem Ge-längnis keine Silbe schreiben (Hört! hört! bei den Soz.), sondern durfte nur hinterher die erfolgte Entlassung mitteilen. Man war sich offenbar bewußt, daß die Mitteilung von der bevor-stehenden Entlassung eine große Masse der Bevölkerung auf die Beine bringen würde, um Frau Dr. Luxemburg ihre Sympathie zum Ausdruck zu bringen. Trotz des Zensurbots hat sich ja bekanntlich eine große Zahl von Männern und Frauen gefunden, die die aus der Haft Entlassene in Empfang nahm und begrüßte. Weiter ist in der Provinz davon berichtet worden, daß am 22. März in Düsseldorf der Termin für die Hauptverhandlung gegen die Zeitschrift „Internationale“ angelegt worden ist, in dem Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Franz Mehring und andere angeklagt sind. Der „Vorwärts“ durfte auch darauf mit keiner Silbe hinweisen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Weiter ist es geradezu Prinzip der Zensur, daß über Prozesse, die mit

irgendwelchen Friedensdemonstrationen, mit Nahrungsmittelkrawallen in Verbindung stehen, nicht berichtet werden darf (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), so daß in der Bevölkerung gar keine Vorstellung davon besteht, in welchem Umfange solche Prozesse statt-finden. Wichtig wäre auch eine Statistik der Verurteilungen wegen Betrugs bei Militärlieferungen, der sehr häufig vorkommt, wegen Verletzung zum Zweck der Erlangung von Militärlieferungen, Delikte, die besonders zu Beginn des Krieges floriert haben. Von großem Wert wäre eine Statistik über die Fälle, in denen ein-gekauft ist wegen Lieferung von Kriegsmaterial an die feindlichen Staaten. Bekanntlich ist im Laufe des Krieges eine halbamtliche Verwahrung ergangen gegen die Reizung kapitalistischer Kreise, auch während des Krieges dem Feinde Kriegsmaterial zu liefern auf dem Umwege über das neutrale Ausland. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In der amtlichen Verlautbarung wurde betont, daß diese Ver-letzung auf dem Umwege über das neutrale Ausland so durch-sichtig sei, daß gar kein Zweifel bestehen könne, daß die betreffenden kapitalistischen Kreise sich der Tragweite ihrer Handlung voll Bewußt gewesen sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein sehr angelegter Senator in Lübeck z. B. hat schon längere Zeit in Ost wegen Landesbetrugs, weil er seine schwedischen Kupfer-gruben den Russen zur Verfügung gestellt hat. (Hört! hört! bei den Sozialdem.) Die Fälle müssen sich gehäuft haben, sonst wäre die amtliche Verwahrung nicht verständlich. Sie wissen ja, wie international verstimmt gerade das Großkapital ist. Die Verstim-pung besteht, wenn auch in veränderter Form, auch jetzt natürlich weiter. Sie wissen, daß diese Verstimpfung gerade auf dem Gebiete der Rüstungsindustrie... (Glocke des Präsidenten. Abg. Adolf Hoff-mann: Jetzt kommt das Allerheiligste!)

Vizepräsident Dr. Krause:

Ich vermag nicht zu sehen, was das mit der Justizverwaltung und ihrer Verantwortung zu tun hat. Wir können jetzt nicht im allgemeinen auf die Zensur und den kapitalistischen Unzug, wie Sie das nennen, eingehen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Ich fordere eine Statistik darüber, in wieviel Fällen wegen derartiger Vergehen Anklagen erhoben wird. Wenn ich in diesem Zusammenhang hinweise auf die internationale Verstimpfung des Großkapitals, auf die

Kriegslieferung deutscher Kanonen nach dem Auslande,

so glaube ich damit im Rahmen dessen zu bleiben, was hier zur Förderung steht. Sind doch deutsche Soldaten mit Kruppischen Kanonen, die nach dem Auslande geliefert waren, zusammengekössen worden. (Beifolles Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. v. Krause:

Der Zusammenhang mit der Justiz ist für jeden logisch denkenden Menschen nicht ersichtlich. Ich rufe Sie zur Sache! (Waldo! rechts.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Es fehlt uns ferner eine umfassende Statistik über die Insassen unserer Gefängnisse. Wir haben nur einige Mitteilungen in der Kommission bekommen, wonach die Zahl der Insassen der Justiz-gefängnisse zurückgegangen ist, soweit es sich um verurteilte Männer handelt; die Zahl der verurteilten Frauen ist aber ge-stiegen. (Hört! hört!) Weiter ist uns mitgeteilt, daß sich in unseren Justizgefängnissen eine außerordentlich große Zahl von verurteilten Soldaten befindet, die dort untergebracht werden mußten, weil die Militär- und Gefängnisgefängnisse voll-ständig überfüllt sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In den Gefängnissen der preussischen Justizverwaltung sind zurzeit etwa 5000 Militärgefangene und die Gefängnisse, die dem Ministerium des Innern unterstehen, sind sicher auch mit Militärgefangenen stark in Anspruch genommen. Das ist der Fall, obwohl in sehr zahlreichen Fällen verurteilte Soldaten zunächst nicht zur Strafverbüßung abgeführt werden, sondern weiterdienen. Die Herabminderung der Zahl der Gefängnisinsassen ist zum großen Teil auch auf die Begnadigung zurückzuführen. In vielen Fällen ist auch ohne Begnadigung Strafaufschub, sogar Straferlöschung ver-längert worden, damit die Betroffenen in die Kasernen oder Säulen-gräben geführt werden konnten. (Hört! hört! bei den Sozialdemo-kraten.) Die Frage der Entlassung von Sträflingen, der Vorbestrafen in der Armee ist in der Kommission erörtert worden. Nach meinen Erfahrungen hat sich im Kriege gezeigt, daß Vorbestrafte, die man im bürgerlichen Leben als Ausgestoßene zu behandeln pflegt, im Kriege gerade die menschlichen Eigenschaften der Kameradschaftlichkeit in vorrefflicher Weise gezeigt haben. Aber es soll die Gefähr nicht verkannt werden, die darin besteht, daß Leute von krimineller Habilität, die gegenüber den Verurteilungen, die an sie herantreten, stärker gefährt sind, sich in größerem Umfange in der Armee be-finden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die große Ver-antwortung gegenüber der wehrlosen Bevölkerung in den besetzten Gebieten muß hier zu besonderer Vorsicht mahnen. Von deutlichen Zeitungen ist brandmarkend darauf hingewiesen worden, wenn im Ausland die Gefängnisse geöffnet worden sind, damit die Insassen in die Armeen eintraten konnten. Aber in gewissem Umfange ist das bei uns in Deutschland auch geschehen. Ich will nicht

behaupten, daß die Mehrzahl der Prozesse, die gegenüber der wehr-losen Zivilbevölkerung in den okkupierten Gebieten vorkommen, der Grausamkeiten, die ein besonderes perfides Gepräge tragen und über die eigentliche Kriegsgrausamkeit hinausgehen, gerade von entlassenen Sträflingen begangen sind, jedenfalls verdient diese Frage besondere Aufmerksamkeit. — Wichtig ist ferner, daß unsere Ziviljustiz heute nur einen ganz geringen Teil der männ-lichen Bevölkerung überhaupt erfährt, weil die zu den hohen Ein-berufenen der Militärjustiz unterliegen. Es gibt Militär-gerichte auch für die Zivilbevölkerung, bekanntlich besonders in den Grenzprovinzen. Auch über die Leistungen dieser Kriegsgerichte fehlt jede Statistik. Wir können also aus der Abnahme des Bestandes der Gefängnisse keinen günstigen Rück-schluß auf die heutige Kriminalität schließen. Die Quelle des Verbrechens fließt ohne Unterlaß. Die ganze Tätigkeit der Justiz ist ein circulus vitiosus, ein fehlerhafter Schluß. Die Verwahrlosung führt zum Verbrechen, die Strafe zur Verdoppelung der sozialen Schwäche, zur Demoralisation, zu neuen Verbrechen, neuer Strafe und so weiter. Das Verbrechen ist eine konstitutionelle Krankheit der bürgerlichen Gesellschaft. (Lachen rechts.) Wie steht es nun mit den Wurzeln der Kriegskriminalität? Die erste Wurzel ist die Verstärkung der sozialen Ursachen des Verbrechens, die Notlage der Bevölkerung, die Nahrungsmittelverwertung, Herfürung der Familien. Zur Nachprüfung dieser sozialen Wurzeln der Kriegskriminalität wären auch die Verichte der Gewerbetätigen wichtig, die wir leider während des Krieges nicht bekommen. Aber dadurch, daß diese Dinge jetzt in die Dunkelkammer verbannt sind, sind sie nicht aus der Welt geschafft. Wenn das Material über diese soziale Geschehnisse des Krieges einmal vorgelegt werden wird, wird die Menschheit erschrecken über die Füratbarkeiten, die sich hier zeigen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auf eine zweite Wurzel der Kriegskriminalität komme ich jetzt. Herr Kanjow nannte das Recht eines der heiligsten Güter des Volkes.

Heute ist das Recht der Belagerungszustand.

Wie verhält sich das Prinzip des Rechts mit dem Prinzip der Gewalt, wie kann der Rechtsgedanke leben in der Atmosphäre der Kriegpsychologie, die eine Vernichtung der Grundlagen alles Rechts bedeutet. Kriegsgewalt nach außen und Belagerungszustand nach innen. Die Auffassung: Gewalt geht vor Recht, Recht kein Ge-bot, muß alle Dämme des Rechts niederreißen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Frage, wie es heute mit den zehn Geboten steht, darf man wohl kaum aufwerfen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Heute heißt es nicht: Liebe deinen Nächsten, sondern: mörde deinen Nächsten! (Glocke des Präsi-denten.)

Vizepräsident Dr. v. Krause:

Bei dieser Methode können Sie allerdings das gesamte Weltall in den Kreis Ihrer Betrachtung ziehen. (Weiterleit und Sehr gut! rechts. Abg. Adolf Hoffmann: Die Justiz hat mit dem Recht nichts zu tun!)

Abg. Dr. Liebknecht:

Wie soll es möglich sein, über die Kriminalität zu sprechen, wenn man sie nicht als eine soziale Erscheinung betrachtet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn man über die Krimi-nalität im Kriege sprechen will, muß man doch die besonderen sozialen Erscheinungen des Krieges, die zur Kriminalität führen, berücksichtigen. Die Justiz ist doch nicht nur eine Angelegenheit der Justizbeamten, sondern eine Angelegenheit des ganzen Volkes. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Verdrängung des Ver-brechens als soziale Krankheit ist doch heute allgemein anerkannt. Daß die Kriegpsychologie alle Voraussetzungen schafft für die Vermehrung der Verbrechen, ist klar. Es wäre hier noch manch scharfes Wort zu sagen, noch mancher Reitschrieb der bürgerlichen Gesellschaft zu geben, aber da der Herr Präsident das nicht wünscht, muß ich das, was noch gesagt werden müßte, verschweigen. Wenn der Abg. Schend von Schweinsburg neulich meinte, der Krieg habe nicht so rasch enden dürfen, damit nicht nach dem Kriege wieder solche Zustände eintreten wie 70/71, so meine ich doch, daß aus dem gegenwärtigen Kriege keine moralische Wiedergeburt herauswachsen kann; aus Blut kann keine Unschuld, aus Gewalt keine Gerechtigkeit wachsen. Die apokalyptischen Reiter reiten auch über das Recht und zerstampfen die Saat der Gerechtigkeit. Die Krimi-nalität der Jugendlichen ist eine besonders ernste Er-scheinung, die nur im Zusammenhang mit der erhöhten Jugend-liehen- und Kindersterblichkeit und der vermehrten Fürsorge-erziehung in ihrer vollen Bedeutung erkannt werden kann. Nach den Erhebungen der Zentrale für Jugendfürsorge ist die Krimi-nalität der Jugendlichen von 12 bis 14 Jahren teilweise um das Doppelte gestiegen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Steigerung greift auch über auf die Jugendlichen von 14 bis 16 Jahren und nimmt naturgemäß mit der Dauer des Krieges ständig zu. Dabei spielen eine besondere Rolle die Notdelikte und die Verwahrlosungsdelikte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wichtig wäre eine Statistik, die diese Kriminalität in Verhältnis setzte zur Steigerung der Lebensmittelpreise und zur Vermehrung der Einberufungen zur Armee. Die Herrichtung der Familien, die ungenügende Erziehung, die Not des Wohnungswesens, die teilweise Aufhebung des Jugendlichen-Schutzes tragen mit bei zur Stei-gerung der Kriminalität der Jugendlichen. Es ist heute mit der Jugend des Proletariats in der Tat so bestellt, wie es in dem melancholischen Lied heißt: „Mutter, siege, dein Vater ist im Kriege.“ (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Staat hat seine Hand von den Kindern gezogen, um Fürsorgeerziehung und Kriminaljustiz wartet man auf, um diesen Erscheinungen des menschlichen Jammers zu begegnen. (Sehr wahr! bei den Sozial-demokraten.) Dazu kommen die moralischen Ursachen, der Wider-spruch des ganzen heutigen Zustandes zu der christlichen Moral, wie sie in Friedenszeiten gepredigt worden ist; die ganze Moral der bürgerlichen Gesellschaft ist ja auf den Kopf gestellt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wie die Alten sungen, so zwischern die Jungen. Die Verwahrlosung der Jugend ist eine naturgemäße Folge der Verwahrlosung des ganzen Menschengeschlechts in diesem Kriege, der

Verwahrlosung unserer gesamten Kultur.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt steht man in die Schulen Unteroffiziere, um der Jugend Moral einzupausen; auch außerhalb der Schule soll eine stärkere Militarisierung der Jugend stattfinden. Alle möglichen Forderungen der äußersten Reaktion schießen äppig in die Höhe. Hat man doch neulich erst die Einschränkung der Freizügigkeit der Jugend gefördert. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. v. Krause:

Ihre ganzen letzten Vorwürfe richten sich nicht gegen die Justiz-verwaltung. Ich rufe Sie zum zweitemal zur Sache und mache Sie auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen aufmerksam.

Abg. Dr. Liebknecht:

In der Zeit des Friedens war es möglich, die Ursachen der Kriminalität an dieser Stelle der Beratungen gründlich zu er-örtern. Jetzt sollen mir Handshellen angelegt werden. (Sehr wahr!) (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Selbst im Parlament!) Das ist geradezu unmöglich. (Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. v. Krause:

Ich verbitte mir jede Kritik. Selbstverständlich ist die Entscheidung die geeignete Stelle, auch all diese sozialen Dinge zu besprechen, aber nicht bei der Justizverwaltung. Das gehört zur allgemeinen Besprechung.

Abg. Dr. Liebknecht:

Ich habe diese Ausführungen gemacht im unmittelbaren Zusammenhang mit der Erörterung der Mittel zur Verminderung der Kriminalität der Jugendlichen. Man kann diese Kriminalität nicht erklären, ohne den Komplex der sozialen Erscheinungen zu erklären, auf denen sie erwächst. Den Justizminister interessiert es sehr lebhaft, welche Mittel zur Verminderung der Kriminalität in Betracht kommen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ein weiterer Zweig des materiellen und seelischen Elends ist die Vermehrung der Frauenkriminalität. Auf die Einzelheiten einzugehen, würde mich der Präsident verhindern. Wie neben der Kriminalität der Jugendlichen die Fürsorgeerziehung steht, so neben der Kriminalität der Frauen die Prostitution. Dies näher zu erklären, ist nach der Anweisung des Präsidenten hier nicht der Ort. Bei der Frauenkriminalität spielen auch die Not- und die Verwahrlosungsdelikte eine besondere Rolle, unter den ersteren besonders die Abtreibungen. Der Feldzug unserer Justiz gegen die Empfängnisverhütung ist ein Kapitel von besonderer Bedeutung, das auch scharfe Kritik verlangt. Die Empfängnisverhütung wird im wesentlichen belächelt im Hinblick auf die Gefahren für die Wehrkraft des Volkes. Wir finden, daß unsere Strafjustiz gerade in letzter Zeit gegen die Abtreibungen besonders scharf vorgeht, um unsere Wehrkraft zu schützen. Die Frauen, die oftmals in schwerster Notlage sich befinden, sollen gezwungen werden, künftige Vaterlandsverräter zu gebären. Man muß protestieren gegen diese Art des Vorgehens der Justiz, die das Bajonet im Mutterleibe schützt. (Große Heiterkeit.) Man hat sich früher nicht so um das Wohl der Jugend, um die Jugendkriminalität gekümmert. All diese Dinge haben erst größeres Interesse gefunden, als man begann, sie unter dem Gesichtspunkt der Wehrkraft unseres Volkes zu betrachten, unter dem Gesichtspunkt des Militarismus. Deshalb auch die Empfängnisverhütung, wenn diese Fragen berührt werden. Die Strafen bei Verwahrlosung und Kollisionsdelikten stehen mit ihrer Höhe im krassen Gegensatz zu den milden Strafen gegenüber Nahrungsmittelwucherern, diesen Vampiren an der Kraft des Volkes. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diese scharfer zurechtweisende Justiz gegenüber den unglücklichen Schicksalen, die durch soziales Elend in die Justizmühle geraten sind und der mildern Art, wie man diese gefährlichsten Ohren des Schlachtfeldes, hochgestellte Herren, Herren aus wohlhabenderen Schichten, behandelt, beweist auf das deutlichste, daß der Klassencharakter der heutigen Gesellschaft während des Krieges nicht aufgehoben, sondern verschärft worden ist, wenn das noch möglich war. All dies trotz des Burgfriedens und trotz des Wortes: „Ich lehne keine Parteien mehr.“

Auch die politische Justiz hat während des Krieges keineswegs aufgehört. Ich erinnere an die Art, wie jetzt

die Schubhaft

gehandelt wird als Strafe ohne Verfahren, ohne Urteil, als Strafverbüßung ohne alle Garantien der Strafprozedur. Auch das Verhältnis zwischen Militärjustiz und Justiz bedarf der Untersuchung. In den Ausführenden, die auf unsere Justiz die allerhöchsten Schatten werfen, gefällt sich die Schubhaft. Die in Schubhaft Befindlichen können sich in keiner Weise selbst schützen; das Wort „Schubhaft“ sagt im Grunde genommen das Gegenteil dessen, was sie wirklich ist. Die Schubhäftlinge sind nicht einmal imstande, sich den Rat eines Anwalts zu Hilfe zu nehmen. Hier in Berlin behandelt die für die Schubhaft zuständige Behörde die Anwälte besonders schroff und weist sie immer grundfälschlich zurück. Ein Versuch des Reichsanwalts Weinberg, zu erreichen, daß die Anwaltskammer Berlin gegen diese unwürdige Behandlung eingreife, ist bedauerlicherweise von der Anwaltskammer zurückgewiesen worden. Hunderte und Hunderte sitzen oder haben in Schubhaft gefessen, manche monatelang, ja sogar seit Beginn des Krieges. All diese Dinge erfahren noch eine besondere Verleumdung durch einige politische Prozesse. In der Straffache gegen Westkamp und Gosen in Düsseldorf wurden die Angeklagten zunächst einmal in Schubhaft genommen, dann in Untersuchungshaft; sie wurden schließlich zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Vom Gericht wurde der Haftbefehl aufgehoben, aber trotzdem wurden sie aus dem Gerichtssaal wieder ins Gefängnis, in die Schubhaft, zurückgeführt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Folge davon war, daß sie auf die Revision verzichten mußten, um ihre Haft nicht weiter wie lange noch zu erstrecken. Mein Parteigenosse Castor in Düsseldorf wurde einen Monat vor der Verhandlung in Untersuchungshaft genommen, diese wurde aufgehoben, er blieb aber in Schubhaft bis zur Verhandlung und, obwohl er freigesprochen wurde, wurde er in Schubhaft zurückgeführt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf: Ruffisch!) Nun guden Sie sich dieses Preußen an, das ausgezogen war, um in diesem Krieg das russische Volk vom Joch des Militarismus zu befreien! (Unruhe rechts. — Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das wäre hier notwendig!) In diesem Fall Castor ist der Reichsanwalt um Hilfe angegangen worden, aber natürlich vergeblich, denn

Das Schwert der Justiz ist in der Hand der Militärjustiz, ihre Woge auch, und hinter der Binde der Justiz grinst der Militarismus. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Lachen rechts.) Der Anfang politischer Prozesse unter dem Burgfrieden pflegt zu sein, daß die Militärbehörde irgendein Schriftstück, Buch oder sonst ein Material der Staatsanwaltschaft überreicht mit der Anweisung, einzuschreiben. Eine sehr bedeutungsvolle Rolle für unsere Justiz. Justitia fundamantum regnorum? (Die Gerechtigkeit ist die Grundlage der Staaten?) Nein: Militarismus fundamantum regnorum! (Der Militarismus ist die Grundlage der Staaten!)

Unsere Justiz kennt keine Parteien mehr, nämlich dort, wo es keine Parteien mehr gibt, wo sie kapituliert haben vor der Militärjustiz, oder sie kennt sehr wohl die Parteien, die in Opposition geblieben sind. Man unterscheidet sehr feine, indem man nur eine bestimmte Richtung in der Sozialdemokratie noch als Partei betrachtet und behandelt, was natürlich für diese Richtung sehr ehrenvoll ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Lachen rechts.) Das ist praktisch zum Ausdruck gekommen in dem Prozeß gegen meinen Parteigenossen Walcher wegen Verbreitung eines Flugblatts, von dem die Staatsanwaltschaft Berlin I in der Anklageschrift ausdrücklich sagt, daß es sich scharf wendet gegen die Politik der sozialdemokratischen Fraktionsmehrheit. Diese und ihre Politik ist für die Justiz ein ganz besonders geheiligtes Objekt, und bei verschiedenen Gelegenheiten ist die Anweisung oder Hemmung dieser Politik als eine Art neuer Straftat von der Staatsanwaltschaft herausgearbeitet worden. Die Anklageschrift gegen Walcher sagt: „Gleichzeitig enthält das Flugblatt aber am Schluß auch eine offene Aufforderung an diejenigen Arbeiter, welche mit der von der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gewollten Politik nicht einverstanden sind, die dieser Mehrheit angehörigen Personen unter Gewalttätigkeiten aus der Sozialdemokratie zu entfernen; daß hierdurch der öffentliche Frieden gefährdet wird, bedarf keiner weiteren Ausführungen.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir können Ihnen nur sehr dankbar sein, wenn Sie durch diese Methode immer wieder den „Burgfrieden“ kennzeichnen und dadurch die Richtigkeit unserer Politik gubeh; Sie erreichen damit allerdings nur das Gegenteil von dem, was Sie wollen. — Der Redakteur Dr. Meyer vom „Vorwärts“ war angeklagt wegen seiner Schrift gegen das Treiben unserer verantwortlichen und unverantwortlichen Annerionshörer und wegen einer weiteren Schrift: „Wer hat die Schuld am Kriege?“, worin er das sagt, was bis zum 29. Juli 1914 jeder Einzelne in Deutschland sagen durfte und was auch von Ihren Parteien gesagt worden ist; in dieser Broschüre war auf diejenigen hingewiesen worden, die an dieser Brandstiftung des Weltkrieges schuld sind.

Dr. Meyer ist allerdings entgegen dem Antrag des Staatsanwalts freigesprochen worden. — Die Paragraphen über Aufreizung, Landfriedensbruch, Landesverrat und andere werden immer mehr ausdehnter interpretiert. Aufreizung ist es jetzt schon, wenn nur eine Klasse in ein minder günstiges Licht gestellt wird als eine andere.

Jede energische Friedensbewegung wird kriminell verfolgt.

Beim Berliner Polizeipräsidium ist eine Sonderkommission gegen die wegen Friedenspropaganda Verhafteten eingesetzt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist allerdings nicht nur eine deutsche, sondern eine internationale Erscheinung. Gleich dem Genossen Castor sind auch eine Anzahl Sozialdemokraten in Italien wegen Verbreitung des Zimmerwalder Friedensmanifestes angeklagt worden. In Italien hat man dieses Manifest als nicht strafbar erklärt, in Düsseldorf jedoch als strafbar. Es sind weiter eine Anzahl von Personen verfolgt worden wegen Verbreitung des auf der Internationalen Frauenkonferenz in Bern beschlossenen Friedensmanifestes, darunter Clara Zetkin, und zwar wegen Landesverrats begangen durch Friedenspropaganda. Auch die französische Sozialistin Louise Soumoneau ist deshalb angeklagt, aber freigesprochen worden. In Deutschland schwebt das Vergehen noch und, soweit ich es beurteilen kann, besteht keine Rettung, denn gutes Beispiel in Frankreich zu folgen. Die Tatsache aber, daß sich eine Internationale der Friedensfeinde aufgetan hat, um durch die Justiz die Friedenspropaganda zu bekämpfen, zeigt, was es mit den christlichen Grundlagen unserer heutigen Kultur auf sich hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Verfechtung des Friedensgedankens, wenn die Proklamierung des internationalen proletarischen Klassenkampfes gegen den Krieg Landesverrat ist, dann ist es eine Ehre Landesverräter geschockten zu werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Für uns, die wir in der

Internationalen des Proletariats unser Vaterland

erkennen, ist es unmöglich, uns durch die Justiz darin bezirren zu lassen. Die Justizverwaltung aber sollte erwägen, ob es nicht der Zweck der Selbstverleumdung unserer heutigen Gesellschaftsordnung ist, wenn man die Arbeit für den Frieden und gegen den Völkermord als Landesverrat kennzeichnet! Die Justizverwaltung hat offenbar keinen Hauch dieses christlichen Geistes verspürt.

Welches Recht für alle in unserer Zeit? Friedenspropagandisten werden verfolgt, Kriegshörer aber nicht, Kriegspropaganda gilt als besondere politische Pflicht. Warum werden Unternehmer und Behörden nicht verfolgt, die unter der Drohung mit dem Schützengraben die Arbeiter verhindern, ihre Notansprüche zu erheben, in den Ausstand zu treten. Warum werden diejenigen nicht wegen Aufreizung verfolgt, die dem Volk die ihm beim Kriegsausbruch versprochenen Rechte vorenthalten und die Kriegserfrauen wegen Verschwendung und Prosserei öffentlich beschimpfen, warum nicht die Nahrungsmittelbesitzer? Landesverrat begehen diejenigen, die das Gegenteil einer Verständigung antreiben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Hochverrat ist heute fast ein hoffähiges Delikt geworden, gewissermaßen ein Edelverbrechen. Es gibt in Deutschland gewisse Stellen, besonders in den Gefangenenlagern, wo Hochverrat geradezu geschätzt wird. Hochverrat nach anderen Richtungen hin. 1904 wurden deutsche Bürger wegen Hochverrats gegen den Bolschewismus auf die Anklagebank geschleppt; heute wird systematisch die Bichtung von Revolutionären von Hochverrättern betrieben. (Große Unruhe. Rufe: Da hört doch alles auf!)

Vizepräsident Dr. v. Krause:

Wegen der unwürdigen Neuerung, daß die Regierung Hochverrat sachte, rufe ich Sie zur Ordnung. Nach der Geschäftsordnung kann ich jetzt das Haus befragen, ob Sie weiterreden dürfen. (Widerspruch der Sozialdemokraten.) Ich tue es noch nicht, aber wenn Sie so fortfahren, werde ich es tun müssen.

Abg. Dr. Liebknecht (Sog.)

Weiß darauf hin, daß wegen eines Gebichts sogar die Todesstrafe ausgesprochen worden ist, die nachher in fünfjährige Freiheitsstrafe umgewandelt worden ist. Es gibt eben ein Land, wo es noch schlimmer ist wie in Deutschland, und das ist nicht Rußland, sondern Oesterreich. Nur hier und da bringt ein Notkreuz in die gefährlichsten Länder. (Große anhaltende Unruhe.) Wenn in der kapitalistischen Gesellschaft die Justiz der Schleiter der Gewalt ist, so hat der Krieg diesen Schleiter abgeriffen, und die Legende vom christlichen Staat ist ebenso wie die Legende vom Rechtsstaat vor aller Welt zerbrochen. Eine der wichtigsten, tiefsten Ideologien der bürgerlichen Gesellschaft ist zertrümmert unter den Keulen des Weltkrieges; das gilt auch vom Völkerrecht. Sogar ein Mitglied dieses Hauses hat sein Handbuch des Völkerrechts neu bearbeitet, um alle Methoden der deutschen Kriegführung als Völkerrecht zu rechtfertigen. Die Wissenschaft, Kunst, Religion und Menschlichkeit zusammengebrochen sind in diesem Vulkanausbruch, so auch die Justiz. In der Budgetkommission hat der Justizminister zugestimmt, den deutschen Studenten der Jurisprudenz das Studium in deutschen Städten des neutralen Auslands zu untersagen. Würde das für alle Hochschulen gelten, an denen sich eine unfreundliche Stimmung gegen Deutschland geltend macht, so müßte den deutschen Studenten fast die ganze Welt verpfert werden. Wir legen Verwahrung dagegen ein, daß solche chauvinistischen Forderungen aus den Vorgängen von Genf und Lausanne gezogen werden und daß die Ergebnisse aufgeschwollenen Völkerrates, unter dem ja die ganze Welt gegenwärtig leidet, übertrieben werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Gnadenklasse sind hier so gerührt worden, daß man auf den Gedanken kommen muß, als ob heute selbst die Gnade zu Kriegswecken diene. (Lebhafte Unruhe.) Angesichts dieser Erwägungen muß man die Gnadenklasse besonders kritisch betrachten. — Welche Zukunftsaussichten hat unsere Justiz? Die Quellen der Kriegskriminalität werden immer häßlicher fließen, je länger der Krieg dauert; wird nicht die Herodotusänderung der gesamten Lebenshaltung durch die ungeheuren Kosten dazu führen, daß die Peitsche der Not auch nach dem Kriege weiter wirkt als eine der länger bleibenden Errungenschaften unserer großen Zeit? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) und daß die Kriegsmoral, die angeregten Reigungen zur Gewalttätigkeit, daß „Not kennt kein Gebot“ und „Gewalt geht vor Recht“ Wirkungen erzeugt, vor denen uns bangen sollte? Die Geister, die unsere heutige Gesellschaftsordnung entseelt hat, wird sie so rasch nicht wieder los werden. Das Sodom und Gomorra ist noch nicht zu Ende und mit der Verschärfung des Klassenkampfes wird auch die politische Justiz und die Reaktion verschärft werden. Das sind die Aussichten für die Zukunft. Es blüht der europäischen Menschheit in Zukunft ein moralisches, physisches und wirtschaftliches Weißblut. Für uns ergibt sich gerade aus dieser Seite unseres Gesellschaftslebens, daß wir alle unsere Kräfte einsetzen in internationalen Klassenkampf gegen den Krieg, um den Frieden zu erzwingen durch den Willen der Massen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Notkreuz aus den Gefängnissen, Justizhäusern und Stätten des Elends, der heute nicht in die Öffentlichkeit dringen kann, wird eines Tages immer deutlicher in die Ohren derjenigen klingen, die heute ihre Ohren verstopfen und wird die Menschheit aufwachen helfen zu dem einzigen heiligen Kampf, den wir Sozialdemokraten kennen: Für den Frieden, gegen den Krieg, gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung, für den Sozialismus! (Lebhafte Weisfall bei den Sozialdemokraten. Große Unruhe.)

Justizminister Veseler:

Die tiefe Abneigung, die der Abg. Dr. Liebknecht hier alljährlich gegen alle unsere staatlichen Einrichtungen zum Ausdruck bringt, hat er auch heute deutlich genug erkennen lassen. Er spricht dabei sicher nicht im Namen des deutschen Volkes, auf seinem

Standpunkt steht nur eine sehr verschwindende Minderheit. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Abwarten!) Ich bin gewiß für jede Kritik dankbar, denn sie gibt Gelegenheit zu prüfen, wo etwas zu bessern ist. Aber eine Kritik, wie in diesem Fall, die sich direkt zu Beschimpfungen steigert, brauche ich mir nicht gefallen zu lassen. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Wenn der Abgeordnete Liebknecht in seiner Rede, die über den Rahmen der Tagesordnung weit hinausgeht (Widerspruch bei den Sozialdemokraten), sich dazu verfliegen hat, einem treuen Bundesgenossen von uns schwere Vorwürfe entgegenzuschleudern, so muß ich dagegen aufs schärfste protestieren. (Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten, lebhafter Beifall bei der Mehrheit.) Weiter hat Dr. Liebknecht sich unterstanden, Gnadenklasse zu kritisieren. Die Gnade ist ein Vorrecht der Krone und die Gnadenklasse unterliegen daher nicht der Kritik dieses Hauses. Ich weise daher seine Worte mit aller Entschiedenheit zurück. (Beifall bei der Mehrheit.) Und nun soll ich auf die Fälle der vorgezogenen Einzelheiten antworten? Ich denke nicht daran. (Sehr gut! bei der Mehrheit. — Zurufe bei den Sozialdemokraten: Sehr bequem!) Der größte Teil der Rede Dr. Liebknechts hatte mit meinen Staats gar nichts zu tun. (Sehr richtig! rechts.) Was Dr. Liebknecht aber gegen die Justiz gesagt hat, waren die allgemeinen Angriffe, die wir genugsam kennen gelernt haben. Es sind Behauptungen, die auf Mitteilungen beruhen, die der Wahrheit ohne weiteres geklärt hat. Ich lehne eine Erwiderung darauf ab. (Wahr! bei der Mehrheit. — Zurufe bei den Sozialdemokraten: Unglaublich!) Die ganze Rede sollte nicht eine am Justizetat geübte Kritik sein, sondern sie sollte agitatorischen Zwecken dienen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die ganze Art und Weise der Rede war eine solche, daß sie eine andere Verantwortung nicht verdient. (Beifall bei der Mehrheit. — Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Rissen (Däne)

Kritisiert den Erlaß einer Flensburger Justizbehörde, der die dänische Sprache bei Akten der freiwilligen Gerichtsbarkeit verbietet. Solche Erlasse seien in der heutigen Zeit doppelt ungeeignet und sachlich ganz unbegründet. Die Gefinnungsreicherei stehe in der Nordmark noch immer in Blüte, besonders bei der Justiz. (Hört! hört! links.) Wie reinit sich dies mit den Versicherungen künftiger Reorientierung zusammen? (Sehr gut! links.) Wo sollte Opfer an Gut und Blut verlangt werden, sollte der Justizminister seinen ganzen Einfluß aufbieten, um auch uns Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen.

Justizminister Veseler:

Die Reden waren so allgemein gehalten, daß ich ihnen so ohne weiteres nicht nachgehen kann. Der Vorredner sollte seine Beschwerden näher substantiieren und an der zuständigen Stelle vortragen.

Abg. v. Trampejnski (Pole)

fährt aus, daß man solche Erlasse wie in Flensburg jetzt besser unterlasse.

Abg. Dr. Liebknecht:

Diese Maßregelung einer in Preußen wohnenden Nationalität paßt vorzüglich in das Gesamtbild, das ich entworfen habe. Ich habe eine derartige „Befreiung“ unserer dänischen Landsleute für selbstverständlich gehalten. Der Justizminister hat sich auf die allgemeine Bemerkung beschränkt, ich hätte Beschimpfungen erhoben. Er glaubte wohl, sich damit einen bequemen Ausweg zu verschaffen. Ich habe kein Interesse daran, mich nach diesen Worten noch mit dem Herrn Minister zu beschäftigen. Nur in einem Punkte muß ich noch etwas sagen, und zwar in Bezug auf seine Zurückweisung meiner Bemerkung über die österreichischen Verhältnisse. Der Justizminister hat es so dargestellt, als ob ich hier erfundene Sachen hätte utragen oder sogar mir etwas aus den Fingern geflogen hätte. — Aber in Oesterreich führen die Feld- und Standgerichte tatsächlich ein Ehrenregiment.

wie es in den schlimmsten Zeiten in Rußland nicht geübt worden ist. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. — Anhaltender Lärm bei der Mehrheit.) Ich habe das Material dafür in Händen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In Oesterreich besteht keine Möglichkeit, von der Tribune eines Parlaments herab diese Dinge zu besprechen. (Anhaltender Lärm und Schlußrufe bei der Mehrheit. — Abg. Ströbel: Sie machen sich zu Reichshäufigen der Naturteile. — Erneuter Lärm.) In wenigen Monaten sind Hunderte von Jahren schweren Kerkers verhängt worden und auch das Todesurteil, das ich vorher erwähnte und das wegen des von mir bezweifelten Gebichts ausgesprochen worden ist, von einem österreichischen Feldgericht gefällt worden. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. — Unruhe bei der Mehrheit.) Einer meiner österreichischen Parteigenossen ist wegen einer angeblich staatsfeindlichen Rede im Dezember 1914 zum Tode verurteilt worden. (Einige weitere Sätze des Redners werden bei der im Hause herrschenden Unruhe bei der Mehrheit.) Einer meiner österreichischen Parteigenossen schließt die Debatte. Der Etat wird bewilligt. Das Haus verläßt sich. Nächste Sitzung: Montag, 11 Uhr (Fortsetzung der Staatsberatung.) Schluß 4 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Eine Erklärung Eduard Bernstein.

Im „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht Genosse Bernstein die nachfolgende Erklärung: Das „Berliner Tageblatt“ hat in seiner Abendnummer vom 26. Februar ein Stück aus einem Artikel Wolfgang Heines veröffentlicht, das in der Form von Fragen an die 20 Fraktionskollegen Heines, die ihre Gegnerschaft gegen die Bewilligung von Kriegskrediten durch ihre Abstimmung bekräftigt haben, diese Abstimmung ihres Charakters und Zweckes zu entscheiden sucht. Es sei mir als einem der „Zwanzig“ gestattet, einiges auf diese Fragen zu erwidern. Voraussetzend muß ich es ablehnen, von Heine als „Sonderbündler“ bezeichnet zu werden. Ich gehöre keiner Verbindung an, die diesen Ausdruck rechtfertigte, noch ist mir von der Existenz einer solchen unter meinen Mitunterzeichnern das geringste bekannt. Und weiter sei bemerkt, daß, wenn Heine sich zu dem Satz verbeigt: „Die unter den Zwanzig, die man noch das Recht hat, deutsche Sozialdemokraten zu nennen“, er damit die mit Recht als verwerflich außer Gebrauch gekommene einstige Gepflogenheit noch überbietet, die grundsätzlichen Gegner der Politik des leitenden Staatsmannes und seiner Gefolgschaft als „Reichsfeinde“ zu stigmatisieren. Als die sozialdemokratische Kammerfraktion Italiens die Kriegskredite verweigerte, erkannte dessen führender Minister Salandra ausdrücklich an, daß sie zu dieser Haltung durch Grundfälle veranlaßt wurde, die ihr zur Ehre gereichten. Heine aber spricht sich statt dessen das Recht zu, Mitglieder der eigenen Partei gegen ihm mißliebigen politischen Verhaltens außerhalb der Nation zu stellen. Das muß ich gleichfalls als das schärfste Juridizemessen. Zur Sache sucht Heine die jüngste Rede des englischen Ministers Asquith gegen die von den „Zwanzig“ in der Frage der Kriegskredite eingenommene Haltung auszuspielen. Die Moralität, um mich mild auszudrücken, dieses Verfahrens geht aus der Tatsache hervor, daß Mr. Asquith gerade im Gegensatz zu meinem englischen Bestimmungsgenossen Snowden sich bemüht hat, darzulegen, daß unsere betreffende Abstimmung auf die Kriegslage von keinerlei praktischem Einfluß sei. Und auf die Gestaltung der Verhältnisse auf den Schlachtfeldern ist es in der Tat. Heine wirft die Frage der Bewilligung der Kriegskredite mit der Frage der Landesverteidigung zusammen, obwohl ihm bekannt ist, und aus der von unserem Kollegen, Abgeordneten Fr. Geuer, namens der „Zwanzig“ am 21. Dezember vorigen Jahres im Reichstag verlesenen Erklärung aufs deutlichste erhellt, daß unsere Ablehnung der

Kriegskredite die Pflicht der Landesverteidigung in keiner Weise in Abrede stellt, sondern ausschließlich der Politik der Regierung und der Mehrheitspartei in den Fragen der Kriegsführung und der Kriegsziele gilt. Sie ist außerdem von der Erkenntnis diktiert, daß nur auf Grund ihrer es möglich ist, die Internationale der Arbeiter wiederherzustellen und ihre Kraft zu verleißen, allen Bestrebungen auf Einwirkung eines guten und dauernden europäischen Friedens in das Gewicht fallende Unterstützung und Förderung darzubieten. Ich habe mich darüber in zwei Artikeln, die jetzt in der Dresdener „Volkswacht“ erscheinen, des Näheren ausgesprochen und stelle es der Redaktion des „Berliner Tageblatts“ anheim, sofern ihr dies für zweckmäßig erscheint, von ihnen Kenntnis zu nehmen. An dieser Stelle nur soviel: Seine stellt die äußere Lage Deutschlands im schwarzesten Lichte dar und spricht von einem Deutschland von außen drohenden „furchterlichen Geschick“. Diese Hebertreibungen betonen die innere Schwäche seines Standpunkts. Deutschlands äußere Lage ist nicht schwächer als die der Gegenseite, und von seinem Geschick kann man mit dem Dichter sagen, es ruht „in seiner eigenen Brust“. Etwas mehr Verständnis für die Gedankenwelt der westeuropäischen Demokratie und ein etwas schärferer Blick für die Gefahren, die der Zukunft Europas von einem Frieden drohen, der nur dem guten Willen der einen Seite — und sei es die eigene — geschuldet wäre, würde seine Worte bewahren, Sozialdemokraten die Preisgabe des schönsten Erbes zugunsten, das die großen Vorkämpfer der modernen Arbeiterbewegung dieser hinterlassen haben.

Berlin-Schönberg, 1. März 1918. **Ed. Bernstein.**

Rudolf Krafft †.

In Dachau ist der ehemalige Oberleutnant Rudolf Krafft im Alter von 52 Jahren gestorben. In Rudolf Krafft ist eine markige Persönlichkeit, ein waderer, aufrechter Mann aus dem Leben geschieden. Er diente bei einem bayerischen Infanterieregiment in Reg als Offizier, als ihn eine schwere Krankheit veranlaßte, die militärische Laufbahn zu verlassen. Als er aus dem Militärdienst ausgeschieden war, betätigte sich Krafft literarisch, er übte auf Grund eigener Erfahrung und Kenntnis an mancherlei militärischen Einrichtungen scharfe Kritik. Bemerkenswert sind besonders seine Schriften „Glänzendes Elend“, „Kajernenelend“ und „Fürnehmer Geist“. Durch seine schriftstellerische Tätigkeit kam Krafft auch mit der Parteipresse in Verbindung, deren eifriger Mitarbeiter er bis zu seinem Tode war. In Rudolf Krafft vereint die Partei einen waderen Mitarbeiter und die Parteipresse einen tüchtigen, begabten Mitarbeiter.

Bewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Jahresbericht der Transportarbeiter.

Der Generalversammlung des Bezirks Groß-Berlin des Transportarbeiterverbandes lag der Jahresbericht für 1915 vor. Wir hatten schon am 9. Februar das wesentlichste aus dem in einer Vertrauensmännerversammlung erstatteten mündlichen Bericht gebracht. Deshalb tragen wir aus dem umfangreichen gedruckten Bericht nur noch einiges nach, was damals nicht angeführt wurde.

Der dauernde Mangel an männlichen Arbeitskräften hat dazu geführt, daß in verschiedenen Branchen des Transport- und Verkehrsgewerbes weibliche Arbeitskräfte eingestellt wurden, wo man wegen der schweren und gefährlichen Arbeit die Beschäftigung von Frauen früher für unmöglich hielt. Die Frauenarbeit wird sich in diesen Berufen nicht dauernd halten können. Die Unternehmer werden auf Grund der gemachten Erfahrungen der Männerarbeit den Vorzug geben, sobald nach dem Kriege männliche Arbeiter in genügender Zahl zur Verfügung stehen. Es handelt sich hier zum großen Teil um Arbeiter, die ihrer Natur nach von Frauen auch mit dem besten Willen nicht vollwertig geleistet werden können. Die Arbeitsverhältnisse hat sich im Laufe des Jahres günstig entwickelt. Der Arbeitsnachweis hat von 19 719 gemeldeten Stellen 11 338 besetzt. Von 7480 gemeldeten Ausschüssen konnten 5944 Stellen besetzt werden.

Im Vordergrund der agitatorischen Tätigkeit standen die Maßnahmen, welche die Bezirksverwaltung traf, um den durch die hohen Lebensmittelpreise hervorgerufenen Notstand der Mitglieder etwas zu mildern. Ueberall, wo es möglich war, wurden Teuerungszulagen gefordert. Das Gesamtergebnis dieser Bewegung war, daß bei 642 Firmen für 33 490 Verursachende Lohn erhöhungen von 78 721,20 M. pro Woche, also durchschnittlich 2,10 M. pro Person, gewährt wurden. — Die Familien der zum Dreck eingezogenen Mitglieder wurden aus dem Notstandsfonds in 4389 Fällen mit zusammen 89 016 M. unterstützt. Außerdem wurden 12 853 Familien mit Weihnachtsgeldunterstützungen von 5 bis 8 M., zusammen 89 106 M., bedacht.

Die allgemeine Agitation gestaltete sich wegen der durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse recht schwierig. Trotzdem ist es gelungen, 5892 neue Mitglieder aufzunehmen. Der Mitgliederbestand belief sich zu Beginn des Jahres auf 33 175, am Schluß des Jahres auf 17 115. Den 5892 Neuaufnahmen stehen 7675 Streichungen an Restanten gegenüber.

Die Rahmenverhältnisse haben sich insofern günstig gestaltet, als die Arbeitslosen- und die Krankenunterstützung in weit geringerem Maße als in früheren Jahren in Anspruch genommen wurden. Es wurden ausgezahlt an Arbeitslose 29 249 M., an Kranke 31 318 M., an Verdingungsbeihilfe 21 570 M., in Restfällen 3127 M., an sonstigen Unterstützungen 523 M. Das sind im ganzen 85 782 M. ohne die vorher erwähnten Familienunterstützungen.

Die Versammlung nahm den Geschäftsbericht ohne Einwendungen entgegen. Die Bezirksverwaltung, von deren 28 Mitgliedern 12 im Felde stehen, wurde ohne Veränderung wiedergewählt, ebenso die Revision- und die Arbeitsnachweiskommission.

Vor der Wiederwahl der Bezirksverwaltung brachte ein Redner die Haltung des Verbandesorgans „Courier“ kurz zur Sprache. Aus diesem Anlaß teilte der Vorsitzende Werner mit, die Versammlung einer großen Branche des Bezirks habe sich abfällig geäußert über den Abdruck eines Selbstpostbriefes, in dem parteipolemische Erörterungen gepflogen wurden. Den Standpunkt dieser Versammlung habe die Bezirksleitung dem Hauptvorstande übermitteln und diese habe die Redaktion angewiesen, Selbstpostbriefe parteipolemischen Inhalts nicht mehr abzudrucken, weil nach Meinung der erwähnten Branchenversammlung eine Erwiderung vom entgegengesetzten Standpunkte aus zur Zeit nicht möglich sei. — Nachdem die Wahlen ohne weitere Debatte erledigt waren, sollte ein Antrag der Jahrestuchführer und Portiers behandelt werden, welcher wünscht, daß eine Mitgliederversammlung einberufen werde zur Aussprache über diverse Organisationsfragen. — Da hiermit augenscheinlich eine Aussprache über die Haltung des „Courier“ gemeint ist, so wurde von anderer Seite beantragt, den Antrag der Jahrestuchführer von der Tagesordnung abzulegen, weil man nach dem erwähnten Verhalten des Hauptvorstandes erwarten könne, daß die Redaktion ihre Haltung ändern werde. Sollte das nicht der Fall sein, dann könne die gewünschte Aussprache später immer noch stattfinden. Dieser Antrag wurde angenommen.

Deutsches Reich.

Die Verhandlungen im Buchbindergewerbe vorläufig ergebnislos.

Am 29. Februar fand in Leipzig eine gemeinsame Sitzung der Vorstände des Verbandes deutscher Buchbindereibitzer und des Deutschen Buchbinderverbandes statt, um über die von dem Buchbinderverbande gestellten Anträge für Berlin, Leipzig und Stuttgart (Dreistädtearif) zu verhandeln, die darauf hinauslaufen, den am 30. Juni ablaufenden Tarif um ein Jahr zu verlängern unter Gewährung einer Teuerungszulage von 15 Proz. auf alle Zeitlöhne für Arbeiter und von 20 Proz. für Arbeiterinnen sowie eines Aufschlages von 15 Proz. für alle Akkordarbeiten. Die

Arbeitgebervertreter erklärten zwar die Verteuerung der gesamten Lebenshaltung durch die enorme Steigerung aller Preise für die notwendigsten Lebensmittel an, doch erklärten sie zugleich die Unmöglichkeit, die gestellten Forderungen zu bewilligen, weil die Betriebe nicht mit vollem Personal arbeiten könnten, die Geschäftskosten aber demgegenüber nicht nur die gleichen geblieben, sondern sogar erheblich gestiegen seien. Außerdem seien die Löhne der männlichen Arbeiter durchweg erheblich aufwärts gegangen, weil niemand mehr für die Minimallöhne des Tarifs arbeite und entsprechende Lohnerhöhungen auch durchsetzen könne, da in immer höherem Maße die männlichen Arbeitskräfte der Industrie durch Einberufungen zum Heeresdienst entzogen worden seien. Sie boten daher weiter nichts als 5 Proz. Aufschlag auf die tariflichen Minimallöhne, während die über Minimum Entlohnungen völlig leer ausgehen sollten.

Nach längeren Auseinandersetzungen zogen sich beide Parteien zu Sonderregelungen zurück, und die Arbeitgebervertreter unterbreiteten sodann den Arbeitgebern die folgenden Vorschläge:

Teuerungszuschläge für Arbeiter:

bis zum Stundenlohn von 60 Pf. 9 Pf. für die Stunde
bei einem Stundenlohn von 61—70 „ 7 „ „ „ „
71—80 „ 5 „ „ „ „

bei über 80 Pf. Stundenlohn nach freier Vereinbarung;

Teuerungszuschläge für Arbeiterinnen:

bis zum Stundenlohn von 35 Pf. 7 Pf. für die Stunde.
bei einem Stundenlohn von 36—40 „ 6 „ „ „ „
41—44 „ 5 „ „ „ „

bei über 44 Pf. Stundenlohn nach freier Vereinbarung.

Zulagen nach dem 1. Oktober sind anrechnungsfähig auf die Teuerungszulagen. Die Zulagen beginnen ab 1. April 1918.

Für Akkordarbeiten wurde nicht mehr durchweg ein Zuschlag von 15 Proz. gefordert, sondern nur noch für einzelne Abteilungen oder Positionen des Tarifs.

Auch darauf gingen die Arbeitgeber nicht ein, sie machten als Gegenvorschlag das Angebot: auf die Minimallöhne der Gehilfen 5 Pf. und auf die der Arbeiterinnen 3 Pf. gewähren zu wollen, lehnten aber für die Akkordlöhne jedes Entgegenkommen ab.

Damit waren die Verhandlungen auf einen toten Punkt angelangt. Schließlich einigten sich die Parteien darauf, zunächst die gegenseitigen Forderungen und Angebote den vertretenen Parteien selbst vorzulegen, dann die dort gefaßten Beschlüsse und kundgegebenen Meinungen gegenseitig auszutauschen und vielleicht im Anschluß daran eine weitere gemeinsame Sitzung der beiden Verhandlungsstände stattfinden zu lassen.

Aus Groß-Berlin.

Wie man uns das Fleisch verteuert!

In einer Versammlung des Zentralverbandes der Fleischer beleuchteten die Verbandleiter Bergmann und Hensel die Maßnahmen, welche während des Krieges hinsichtlich der Fleischversorgung getroffen worden sind. Die Redner führten aus, daß alle diese Maßnahmen ihren Zweck verfehlten, besonders deshalb, weil sie nicht richtig ausgeführt wurden. In bezug auf die letzten Verordnungen sagten die Redner: Das Verbot der Herstellung von Konerven mit Ausnahme solcher für Armeelieferungen hat zur Folge gehabt, daß die meisten Konervenfabriken geschlossen wurden, wodurch 800 bis 1000 Personen arbeitslos geworden sind. Die Verordnung, wonach nur ein Drittel der Fleischvorräte zu Wurst verarbeitet werden darf, damit den Konsumenten mehr frisches Fleisch zur Verfügung stehe, ist gut gemeint, aber da die Durchführung der Verordnung nicht kontrolliert werden kann, so wird sie meistens umgangen werden, denn das Wurstmachen bringt den Fleischermeistern höheren Gewinn als der Verkauf frischen Fleisches. Auf jeden Fall wird aber die Einschränkung der Wurstfabrikation vielen Fleischergeßellen die Arbeitsgelegenheit nehmen. Im Hinblick auf die Lage des Arbeitsmarktes hat die Fleischerinnung bereits öffentlich aufgefördert, die Gehellenlöhne herabzusetzen.

Wie Hensel ausführte, kann man sich in der Markthalle täglich davon überzeugen, daß im Verkehr zwischen Großschlächtern und Ladenschlächtern die festgesetzten Höchstpreise regelmäßig überschritten werden. Während der Höchstpreis für Schweinefleisch 1,40 M. beträgt, fordern die Großhändler ganz offen und ohne Scheu 2,05 M. und die Ladenschlächter zahlen diesen Preis, denn sie sind froh, wenn sie überhaupt Fleisch bekommen. Es ist auch nicht selten, daß Großschlächter ein halbes Schwein nur unter der Bedingung abgeben, daß der Käufer ihnen auch ein Rindvieh abnimmt. Das alles ist zwar verboten und strafbar. Aber wo kein Kläger, da ist kein Richter. Ein Kläger gegen diese Geschäftspraxis der Großschlächter findet sich nicht, denn der Schlächtermeister, der es wagen würde, einen Großschlächter anzugreifen, würde auf dem ganzen Viehhof kein Fleisch bekommen und dadurch ruiniert werden. — Bei dem Verkauf des städtischen Fleisches wissen die betreffenden Fleischermeister auch einen besonderen Vorteil herauszuschlagen. Beim Aufhauen der Schweine schneiden sie jedes Stückchen Fett heraus und verkaufen es mit dem Rücken und den Rippen zusammen für den höheren Preis des Fettes. Sobald sich die Fleischermeister bei dieser Arbeit beobachtet wissen, hören sie damit auf und sofort weiß jeder Fleischer in der ganzen Markthalle, daß ein Beobachter da ist.

Es ist dringend notwendig, daß den fortgesetzten Verstößen gegen die im Interesse der Allgemeinheit erlassenen Vorschriften ein Ende gemacht wird!

Groß-Berlin und die Besteuerung der Kriegsteilnehmer.

Auch auf dem Gebiete der Gemeindesteuern hat der Krieg manche Zweifelsfragen hervorgerufen, bei deren Lösung unbeschadet der Anwendung der geltenden Gesetze die billige Rücksicht auf die Lage der Kriegsteilnehmer nicht außer acht gelassen werden darf. Bei einer unter dem Vorsitz des Stadtratshauptmannes von Berlin stattgehabten Zusammenkunft der Steuerdezernenten der Groß-Berliner Stadtgemeinden wurden diese Fragen, insbesondere die Gemeindebesteuerung des Militäreinkommens der Kriegsteilnehmer, einer Besprechung unterzogen. Bei den Beteiligten herrschte Einigkeit darüber, daß eine ungleichmäßige Behandlung der Festen in dem einseitigen Wirtschaftsgebiete Groß-Berlins vermieden werden müsse, und daß zu diesem Zwecke ein Hand-in-Handgehen der kommunalen Steuerbehörden geboten sei. Die in der Besprechung der Dezernenten gefaßten Beschlüsse sollen für die demnächst von den Magistraten zu treffende Regelung eine Grundlage schaffen, insbesondere ein einheitliches Vorgehen der beteiligten Gemeinden ermöglichen.

Der Betrieb der elektrischen Straßenbahnlinie Bahnhof Niederschöneweide—Johannisthal—Bahnhof Oberspre, der wegen Personalmangels im Sommer vorigen Jahres eingestellt werden mußte, wird am Montag, den 20. d. M. wieder aufgenommen werden.

Margarine als „Prämie“.

Im Morgenblatt der „Berliner Volkszeitung“ vom Donnerstag unter den „Vermischten Anzeigen“ folgendes:

„Margarine, Einpfund oder 5 Proz. als Prämie kostenlos bei schriftlicher Bestellung pro 25.— Mark Lebensmittel. Preislisten gratis. Versandabteilung, Einkaufsverein, Tempelhoferberg.“

Diesen „Einkaufsverein“ sollte man sich doch mal etwas näher ansehen. Selbstredend steckt der Preis für die Margarine schon in dem für die übrige Ware. Lebensmittel werden heutzutage nicht verschenkt.

Von Einbrechern heimgeführt wurde die Radium-Heilgesellschaft in der Kankestr. 28. Sie drangen mit Nachschlüssel in die im Erdgeschosse gelegenen Räume ein und erbrachen hier den Geldschrank. Außer der Portofosse und anderem barem Gelde fanden sie darin zwei Platin-Ziegel verschiedener Größe und einzelne Präparate. Alles das nahmen sie mit. Der größte Ziegel hat einen Deckel und wiegt 120 Gramm. Er enthält etwas Radium-Barium und Karbonat. Der zweite wiegt mit Deckel 60 Gramm, der dritte, der keinen Deckel hat, 65 Gramm. Dazu kommen noch einige vergoldete Gewichte, Platinteilgewichte und eine Flasche mit Leuchtmasse. Der Wert der gestohlenen Sachen beträgt mehrere tausend Mark. Der Einbruch wurde gestern morgen von den Frauen entdeckt, die jeden Morgen die Räume reinigen. Die Diebe werden wohl bald verhaften, ihre Beute irgendwie zu Geld zu machen.

Ein „Klingelfahrer“, der die Butterknappheit ausnützte, wurde in der Graefestraße überrascht und festgenommen. Gewerbmäßige Wohnungseinbrecher haben schon wiederholt die Gelegenheit benützt, daß Frauen hundlang vor dem Butterladen oder anderen Einkaufsräumen stehen und ihre Wohnung unterdessen ohne Aufsicht lassen müssen. Eine Frau aus der Graefestr. 7 hatte sich nach dem städtischen Fleischverkauf in der Grimmstraße begeben. Sie sollte zugleich auch für ihre Nachbarin, die nicht auf dem Posten ist, mit einkaufen. Dafür brachte ihr die Nachbarin den Nachmittagskaffee nach der Einkaufsstelle, weil man voraussetzt, daß es sehr lange dauern werde. Als sich die Frau mit dem Kaffee um 4 Uhr auf den Weg machte, begegnete ihr unten im Hause ein fremder Mann. Nach 20 Minuten kehrte sie zurück. Sie hatte den Schlüssel der Einkaufstür mitgebracht, um in deren Wohnung einmal nachzusehen, weil beide Frauen mißtrauisch geworden waren. Noch bevor sie aufgeschlossen hatte, wurde die Tür von innen entriegelt, ein Mann öffnete sie und kam eiligst heraus. Es war der, dem die Frau im Hause begegnet war. Auf ihre Frage, was er in der Wohnung gesucht habe, antwortete er, er habe seinen Freund besuchen wollen. Dabei drängte er die Frau bei Seite und ergriff die Flucht. Auf ihre Hilferufe verfolgte man ihn, nahm ihn am Planufer fest und übergab ihn der Polizei. Die Kriminalpolizei erkannte in ihm einen 20 Jahre alten Arthur Laulien, der trotz seiner Jugend schon zu den gewerbmäßigen Einbrechern gehört und auch schon wiederholt bestraft ist. Er hatte erst kürzlich das Gefängnis verlassen.

Aus den Gemeinden.

Die Entschuldigung der Friedenauer Gemeindeväter.

Der von uns in der Montagnummer mitgeteilte Beschluß der Gemeindevertretung Friedenau, wonach bestimmten Beamten und Ehrenbeamten besondere Ausweise für die Wochenbestellung von städtischen Lebensmitteln ausgedrückt wurde, beschäftigte die Gemeindevertretung aufs neue in ihrer Sitzung am Donnerstag.

Von einem Gemeindevater wurde der Antrag gestellt, den in der vorigen Sitzung gefaßten Beschluß wieder aufzuheben. Bürgermeister Walzer sah sich veranlaßt, in öffentlicher Sitzung darauf einzugehen. Er erklärte, daß es sich in dieser Angelegenheit nicht um einen Beschluß der Vertretung handele, sondern die Sache sei an einen Ausschuss verwiesen worden, der den Antrag für unannehmbar gehalten habe. — Erläuternd fügte dann der Bürgermeister hinzu, daß für die Stellung des Antrages Maßnahmen der Reichsregierung Veranlassung gegeben hätte, die den mit der Lebensmittelversorgung beauftragten Beamten in Anerkennung ihrer Verdienste derartige Vorzugsarten übermitteln hätte.

Die Gemeindevertretung betrachtete mit der Aussprache die Angelegenheit als erledigt.

150 Prozent Einkommensteuer in Tempelhof.

Nach dem Vorschlage des Gemeindevorstandes sollen für das Jahr 1916/17 150 Proz. Gemeinde-Einkommensteuer erhoben werden. Der diesjährige Etat schließt für ordentliche und außerordentliche Verwaltung in Einnahme und Ausgabe mit 2 807 000 M. ab, im Vorjahre mit 2 681 000 M.

Aus der Pankower Gemeindevertretung.

Die Teuerungszulagen, welche vor einiger Zeit für die Gemeindeväter beschlossen worden sind, gelangen am Ende jeden Monats zur Auszahlung. Um nun die Arbeiter mehr an den Gemeindevätern zu fesseln, wurde in der letzten Vertreterversammlung vom Gemeindevorstand beantragt, daß im Falle der Lösung des Arbeitsverhältnisses innerhalb des Monats die Auszahlung der Teuerungszulage unterbleiben sollte, außer wenn jemand ohne sein Verschulden entlassen wird. Die Vertretung stimmte dem mit dem Zusatz zu, daß auch beim Ausscheiden eines Arbeiters aus einem trittigen Grunde die Teuerungszulage zu zahlen ist. — Die Konstitutionsgebühr für das Rechnungsjahr 1918 wurde auf 2 1/2 Proz. der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer festgesetzt.

Die Potsdamer Steuerzuschläge.

Nach den Vorschlägen des Magistrats zum Stadthaushaltsplan 1916 sollen 140 Proz. als Gemeindeeinkommensteuer erhoben werden. Das bedeutet eine Steigerung um 30 Proz., die im Durchschnitt dem vorjährigen normalen Gemeindeeinkommensteuerfuß der meisten Groß-Berliner Gemeinden gleichkommt. Alle übrigen zur Erhebung gelangenden Steuern behalten ihre frühere Höhe bei und zwar die Grundsteuer mit 182 Proz., die Gewerbesteuer mit 150 Proz. und die Betriebssteuer mit 35 Proz. des staatlich veranlagten Einheitsfußes. Der Steuermehrabtrag beläuft sich in Potsdam auf 249 000 M.

Berichtszeitung.

„Heilfunde.“

Fahrlässige Tötung in drei Fällen wurde gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I dem Naturheilkundigen Wilhelm Barsch zum Vorwurf gemacht.

Der Angeklagte betreibt das Gewerbe eines Heilkundigen seit einer Reihe von Jahren und kurrirt der Hauptsache nach mit der „Baarschischen Salbe“. Es ist dies eine Salbe, deren Rezept der Angeklagte von seinem Großvater, einem Schäfer, geerbt hat und die in Freienwalde in einer Apotheke auf sein jedesmaliges Ersuchen angefertigt wird. Er legt diese Salbe den Patienten auf und behauptet, daß sie nur wirksam ist, wenn frische Stoffe im Körper vorhanden sind. Diese würden durch die Salbe aus dem Körper entfernt. Im September 1914 erkrankte der 12jährige Sohn der Schuhmacher Kraftschöckchen Eheleute; er hatte es im Felde und es zeigte sich äußerlich am Halse eine ziemlich charakteristische Anschwellung. Man ließ den Angeklagten kommen und dieser verordnete, nachdem er sich das Innere des Halses gesehen und dabei geäußert hatte: „Diphtherie ist es noch nicht“, die Anwendung seiner Salbe an. Er will auch den Eltern gesagt haben, daß sie ihn benachrichtigen sollten, wenn sich das Befinden des Jungen ändern sollte. Weiter hat er sich um den Patienten nicht bekümmert, obgleich er bei der Ungewißheit, ob nicht doch Diphtherie vorläge, die Pflicht gehabt hätte, wiederholt nach dem

Kranken zu sehen, zumal nach seiner eigenen Angabe es in der Säuglingszeit daselbst ziemlich unreinlich ausgesehen haben soll und er keine Gewissheit hatte, ob die Mutter des Patienten diesen richtig betreute. In der Tat hatte nun der Knabe eine schwere Diphtherie erkrankt und er hat zwei jüngere Geschwister angesteckt. Als das jüngste Töchterchen der Frau K. auch plötzlich erkrankt erkrankte, schickte die Frau in ihrer Angst zu dem Armenarzt Dr. Max Cohn. Als dieser an Ort und Stelle erschien, war das Kind schon tot. Dr. Cohn konnte als Todesursache Diphtherie feststellen, und da er bei der Untersuchung sah, daß auch die beiden anderen Kinder an schwerer Diphtherie litten, ordnete er deren sofortigen Transport nach der Charité mittels Krankenwagen an. Dort gaben sich die Ärzte die denkbarste Mühe, die Kinder am Leben zu erhalten, es gelang aber nicht; auch diese beiden waren in kurzer Zeit dem Würgeengel erlegen. — Die Schuld an diesem traurigen Ausgang mag die Anklagebehörde dem Angeklagten bei, der unter Vernachlässigung der Pflichten seines Gewerbes und bei der Vermutung, daß Diphtherie vorliegen könnte, sich nicht genügend um den zuerst erkrankten Jungen bekümmert, nicht einen Arzt hinzugezogen und dadurch verursacht habe, daß sich die Krankheit auch die beiden Geschwister des Kranken als Opfer holte. Aus den Gutachten der Ärzte Dr. Cohn, Dr. Ludwig Pinus, Dr. Leichte und Dr. Karl Koch ging hervor, daß die Salbe an dem Hals des verstorbenen Knaben eine handtellergroße, tiefgehende jauchige Wunde hervorgerufen hatte, die, wenn der Knabe am Leben geblieben wäre, sicherlich längere Zeit zum Ausheilen gebraucht hätte und daß bei rechtzeitigem ärztlichem Eingriff wohl die Kinder hätten gerettet werden können. Der Sachverständige Prof. Dr. Juckendak befandete, daß die Salbe aus einem Gemisch von Kantharidinpulver und einer Schwefelarsenverbindung besteht und man solche Salbe vielfach in der Tierheilkunde anwendet. — Staatsanwaltschaftsrat Steigner beantragte gegen den Angeklagten drei Jahre Gefängnis. Das Gericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Wille verurteilte den Angeklagten zu neun Monaten Gefängnis.

Ein Milchpantfcher.

Das Schöffengericht in Halle a. S. verurteilte den Milchhändler Leonhard, der je vier Liter Milch mit je einem Liter Wasser verpanschte, zu drei Wochen Gefängnis und 300 M. Geldstrafe.

Aus aller Welt.

Die Vorgänge bei der Dresdener Lebensmittelversorgung.

Am Donnerstag beschloß sich die Stadtverordnetenversammlung in Dresden mit der Gerichtsverhandlung, in der, wie erinnerlich, aufsehenerregende Mißstände bei der Abgabe von städtischem Trockengemüse hervorgehoben waren. Von sozialdemokratischer Seite wurde Auffklärung gewünscht und gesagt, daß eine höchst einseitige und unberechtigte Begünstigung vorliege, die äußerst verurteilenswert sei. Die Vergünstigungen seien in ein besonderes System gebracht worden. In vielen Dingen sei Dresden auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung vorbildlich, daher seien gerade diese Unregelmäßigkeiten besonders bedauerlich. Oberbürgermeister

Müller erklärte, das Gemüse sei für die ganze Bevölkerung bestimmt, nicht nur für die Arme. Das Lieferersystem, das allerdings erforderlich sei, habe sich wegen der Kriegsverhältnisse nicht durchführen lassen. Der Oberbürgermeister gab dann zu, daß Trockengemüse an Arbeiter, Packerinnen und an einige Ratsbeamte, die wenig Zeit gehabt hätten, abgegeben worden sei, aber immer nur gegen Bezahlung und gegen Gemüßkarte. Er werde aber dafür sorgen, daß auf keinen Fall wieder eine derartige ungleiche Behandlung vorkommen werde. Scharfe Angriffe wurden darauf von anderer Seite gegen den Gerichtsbescheid erhoben, der durch seine Worte den Klagen (?) geschürt habe. Verschiedene Redner, namentlich auch die Redner der Rechten, äußerten sich mit großer Schärfe und Dringlichkeit dahin, daß jedwede Begünstigung irgendwelcher Personen aufhören müsse. —

Die Besprechung dieser unliebsamen Vorkommen wird hoffentlich dazu beitragen, daß eine Bevorzugung bei der Verteilung von Lebensmitteln nicht mehr stattfinden wird. Diese Bevorzugungen einzelner Personen regen das Publikum mit Recht mehr auf, als die Knappheit der Lebensmittel.

Das Lawinenunglück am Stiffer Joch. Bei dem bereits gemeldeten Unglück im Stiffer Joch sind im ganzen acht Kanoniere, drei Standwachen, ein Bersprecher und ein Träger getötet worden. Die Leichen sind jetzt alle geborgen.

Eisenbahnzusammenstoß in Frankreich. Bei der Einfahrt in den Bahnhof Serquigny auf der Strecke Paris-Rouen stießen am Donnerstag zwei Züge zusammen. Drei Personen wurden getötet, achtzehn verletzt.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 430 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen: Infanterie usw.: Garde: 3. Garde-Regiment z. B. (s. auch Ref.-Inf.-Regt. Nr. 204); Garde-Grenadier-Regiment Alexander; Garde-Füsilier- und Garde-Füsilier-Landwehr-Regiment (beide s. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 204). Grenadier-, Infanterie- oder Füsilier-Regimenter Nr. 1, 2, 3, 6 bis einschl. 12, 14, 16, 31 bis einschl. 37, 39 bis 47, 51, 53, 57, 60, 63, 64, 66, 67, 69, 70, 71 (s. auch Ref.-Inf.-Regt. Nr. 204), 73, 75 bis einschl. 80, 110 bis einschl. 118, 117 (s. auch Ref.-Inf.-Regt. Nr. 204), 118, 129 bis einschl. 132, 135 bis einschl. 138, 140, 141, 143 bis einschl. 148, 150 bis einschl. 153, 155 bis einschl. 159, 161, 162, 164, 165, 166, 168 (s. Inf.-Regt. Nr. 129), 185, 351, 357 bis einschl. 363. Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 1, 5, 7, 10, 12, 31, 32, 35, 38, 40, 46, 48, 61, 64, 66, 67, 69, 70, 75, 78, 79, 80, 89, 109 (s. auch Inf.-Regt. Nr. 155), 110, 111 (s. auch Inf.-Regt. Nr. 185), 116, 118, 130, 204, 225, 227, 228, 230, 239, 250, 251, 253, 254, 256, 258, 259, 260 (s. auch Inf.-Regt. Nr. 152), 270, 271. Reserve-Ersatz-Infanterie-Regiment Nr. 1. Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 2, 3, 4, 6, 7, 8, 11, 31, 33, 34, 39, 40, 46, 47, 61, 75, 76 (s. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 60), 99, 100, 110, 116, 118. Landwehr-Ersatz-Infanterie-Regiment Nr. 2. Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 5 (s. Inf.-Regt. Nr. 358), 6 (s. Inf.-Regt. Nr. 357), 10 (s. Inf.-Regt. Nr. 359), 11, 14 (beide s. Inf.-Regt. Nr. 360), 16 (s. Inf.-Regt. Nr. 361), 51 (s. Inf.-Regt. Nr. 362). Landwehr-Brigade-Ersatz-

Bataillone Nr. 13 und 21 (beide s. Landw.-Ers.-Inf.-Regt. Nr. 2), 28. Landsturm-Infanterie-Ersatz-Bataillon des 7. Armeekorps (Düsseldorf). Jäger-Regiment Nr. 3. Bataillone Nr. 4, 7, 11; Ref.-Bataillon Nr. 3. Schneeschuh-Bataillon (s. Jäger-Regt. Nr. 3). Feld-Maschinengewehr-Jüge Nr. 42 (s. Inf.-Regt. Nr. 331) und 211. Bedieng.-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 217. Kavallerie: Leib-Garde-Gujaren. Dragoner Nr. 1, 10, 20 (siehe Feldfliegertruppe). Husaren Nr. 1, 4, 10, 11, 17 (s. Feldfliegertruppe); Reserve-Husaren Nr. 8. Ulanen Nr. 3. Jäger zu Pferde Nr. 5 und 6. Kavallerie-Eskadron Nr. 8. Feldartillerie: 1. Garde-Regiment. Regiment Nr. 9 (s. auch Ref.-Bataillon Nr. 17), 37, 40; Reserve-Regimenter Nr. 17, 18, 21, 33, 44, 46; Landwehr-Regiment Nr. 19. Fußartillerie: Regiment Nr. 5, 6, 7, 10, 13 bis einschl. 16, 20; Reserve-Regimenter Nr. 5, 7, 9, 10 (s. auch Fußart.-Batterie Nr. 200), 16 (s. Ref.-Fußart.-Regt. Nr. 10) und Fußart.-Batterie Nr. 203), 18, 20. Fußartillerie-Bataillon Nr. 28 (s. auch Fußart.-Batterie Nr. 431). Batterien Nr. 121, 218, 200, 323, 431, 491, 504. Pioniere: Ersatz-Bataillon des Garde-Pionier-Bataillons. Regiment Nr. 23, 24, 26. Bataillone: I. Nr. 6, II. Nr. 8, I. Nr. 9, I. Nr. 10, II. Nr. 14, III. Nr. 16, I. Nr. 17, II. Nr. 21, I. Nr. 26, III. Nr. 28; Reserve-Bataillon Nr. 34; Ersatz-Bataillon des Pionier-Bataillons Nr. 3. Pionier-Kompagnien Nr. 252 und 274; Reserve-Kompagnie Nr. 78. Minenwerfer-Bataillon Nr. 4; Minenwerfer-Kompagnie Nr. 312; Rittlere Minenwerfer-Abteilung Nr. 114. Verkehrstruppen: Eisenbahn-Regiment Nr. 1. Feldfliegertruppe. Train: Abteilungen Nr. 1, 8, 11. Armierungs-Bataillone Nr. 7, 14, 37, 42, 45, 55, 63, 65, 113, 114.

Der Schluß der sächsischen Verlustliste Nr. 258 wird veröffentlicht, deren Inhalt wir gestern mitteilten.

Die württembergische Verlustliste Nr. 350 meldet Verluste der Ersatz-Inf.-Regimenter Nr. 51, 52; Grenadier-Regt. Nr. 119; Reserve-Inf.-Regt. Nr. 120; Infanterie-, Reserve- und Landwehr-Inf.-Regt. Nr. 121; Grenadier-Regt. Nr. 123; Inf.-Regt. Nr. 124; Infanterie- und Landwehr-Inf.-Regt. Nr. 126; Reserve-Inf.-Regimenter Nr. 247, 248; Landsturm-Inf.-Bataillon Herb. Feldartillerie-Regimenter Nr. 18, 29, 116. 1. Landwehr-Pionier-Komp.; 2. Reserve-Pionier-Komp.; 5. Feld-Pionier-Kompagnie. Landwehr-Feldlazarett Nr. 25; Feldlazarett Nr. 202. Verluste durch Krankheiten. Berichtigungen früherer Verlustlisten.

Parteiveranstaltungen.

Steglich-Friedenau. Dienstag, den 7. März, abends 8 1/2 Uhr, findet im Jugendheim Steglich, Kniephofstr. 59, die Jahres-Generalversammlung des Vereins Arbeiter-Jugendheim statt. Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Kassenbericht. 3. Anträge. 4. Verschiedenes.

Kreireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 5. März 1916, vormittags 9 Uhr, Doppel-Gottesdienst, Ideal-Passage; Tegell, Bahnhofstr. 15, und Eberschwende, Alarstr. 2; Freireligiöse Vorkelung - Vormittags 11 Uhr, kleine Frankfurter Straße 6; Vortrag des Herrn Ernst Rottler: Stamm der Monisten die Religion erleben?

Central-Kranken- und Sterbefälle der deutschen Wagenbauer. Neufähr 1. Heute den 4. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Grieger, Kieffingstraße 9: Mitgliederversammlung. - Ausgabe der Urania-Billets.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Zeitweise etwas aufklarend, jedoch vorniegend trübe und neblig bei wenig veränderter Temperatur. An den meisten Orten geringe Niederschläge.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. G. Berl. Reichstagswahlkreises.
20. Abt., Bez. 747.
Nachruf.
Am Montag, den 28. Februar, verstarb unser Genosse, der Steinlehrer
Wilhelm Böttcher
Antonstr. 9.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung hat bereits am 3. d. Mts. stattgefunden.
224/11 **Der Vorstand.**

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.
Filiale Neukölln.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß uns der Tod am 1. März 1916 infolge Herzschlags unseren 1. Bevollmächtigten, den Kollegen
Heinrich Voigt
entriß hat.
Wir verlieren in ihm einen pflichttreuen Vertreter unserer Klasse und einen aufrichtigen Freund.
Die Mitglieder der Filiale werden ihm ein festes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 5. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Jakobikirchhofes, Hermannstraße 100, aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.
Am 1. März verstarb unser Parteigenosse
Heinrich Voigt
Warcelsstr. 15, 11. Bezirk.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 5. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Jakobikirchhof, Hermannstraße, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiter-Verband Zweigverein Berlin.
Bezirk Schöneberg.
Am 29. Februar starb unser Mitglied, der Maurer
Paul Grude.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 4. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des 11. Städtischen Friedhofes, Blanke Höhe, aus statt.
140/19 **Die örtl. Verwaltung.**

Am Freitag, den 3. März d. J., verstarb nach einem reichen Arbeitsleben unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter
Pauline Schulz geb. Wittlieb
im 68. Lebensjahre.
Kornweid, Friedrichsplatz 27, den 3. März 1916.
In tiefem Schmerz
Familie Kronberg.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 5. März, nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhof an der Goethestraße statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Former
Wilhelm Kühne
(Neußlin, Bippertstr. 5) am 1. März gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 4. März, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des alten Gemeinde-Friedhofes in Delb., Rudower Straße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
113/2 **Die Ortsverwaltung.**

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter
V. u. G. 5.-17. Wahlabteilung.
Den Mitgliedern und Ortsbeamten zur Nachricht, daß unser Vorstandsmitglied und langjähriger Bevollmächtigter der Filiale Neußlin
Heinrich Voigt
am 1. März 1916 plötzlich an Herzschlag verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonntag, den 5. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Jakobikirchhofes in Neußlin, Hermannstraße 100, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
3425 **Der Vorstand.**

Heines Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Heute früh um 3 1/2 Uhr verschied nach schwerem Leiden meine tugendgeliebte Tochter
Helene Preuß
im 20. Lebensjahre.
Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme an
Julius Preuß
nebst Frau.
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 5. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle in der Friedenstraße aus statt.
Ruhe sanft!

Widrig und unerwartet entfiel uns der Tod unseres treu sorgenden Vaters, Vater und Großvater, den Metallarbeiter
Heinrich Voigt
durch Herzschlag.
Die trauernden Hinterbliebenen
Marie Voigt nebst Kindern und Enkelchen.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 5. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Jakobikirchhofes, Hermannstraße 100, aus statt. 3296

Dankjagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters sagen wir dem Sozialdemokratischen Wahlverein und der sozialdemokratischen Gemeindevertretung des Bezirks Weihensee unseren herzlichsten Dank.
Berta Rasfelle.
Willi Rasfelle.

Rabattmarken der Konsumentenvereine Berlin und Umgegend.
Wie ist's möglich So billig zu verkaufen?
Weil ich mir meine Kundschaft auch nach dem Kriege erhalten will.
1500 prachtvolle Gummimäntel
blau, grün, braun, nachblau, rosafarb, gold, silbergrau, Welle, Popeline, Seide, la Gummiering.
22 - 40 - 31 - 25 - 18 -
Wasserdichte Regenmäntel
aus Korkot, Seide, Welle,
42 - 35 - 28 - 15 -
Pflaumenmäntel
mit echten Pflaumen auf glatter Seide, für
135 - 100 - 75 - 60 -
Astrachanmäntel 55 - 40 - 25 -
Nerzmantel mit Hermelin 600 -
Lodenmäntel . . . 27 - 15 -
Modellröcke . 24 - 24 - 15 -
Für stärkste Figuren Passendes in allen Abteilungen
Sonntags geöffnet 12-2 Uhr
I. Geschäft Mohrenstr. 7a (Kolonnaden) **Westmann** II. Geschäft Große Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstraße)

Gewidmet zum 29. Geburtstag 1916
unseres lieben unvergesslichen Neffen und Cousins
Walter Helk
gestorben am 7. Januar 1915 in Frankreich.
In schmerzlicher Erinnerung
Theodor Frieber als Onkel, zuerst im Felde, nebst Frau und Kindern, Fel. Agnes Horatschek als Tante,
Franz Wartha Bloßdorf als Tante nebst Tochter,
Paul Horatschek als Cousin.
Ruhe sanft in fremder Erde!
Zargfabrik Stephanstraße 55. Blühende Gänge. +58*

Möbel-Angebot.
Solide Möbelwerke liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzeilmöbel gegen mäßige Anzahlung bei kleiner Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Offerten V. 2 an die Expedition des „Vorwärts“.
Keine Kassierer. Größte Kulanz.

Die Glocke
Sozialistische Halbmonatsschrift
Herausgeber Parvus.
Heft 13 soden erschienen!
Inhalt:
Parvus: Franz Mehring zum 70. Geburtstag / Hermann Mattutat: Wann kommt der Friede? / Dr. L. Quessel: Das Problem des Friedens / H. Poetzsch: Die Lage der Partei / Friedr. Kleeis: Bessere Mutterschaftsfürsorge / Wilh. Häusgen: Konsumentenvereine, Höchstpreise und Rückgewähr / L. Rosenmann: Die Ostjudenfrage / K. Haenisch: Literarische Rundschau / Saloman Dembitzer: Erinnerungen; Aus unserer Sammelmappe
Jedes Heft 25 Pf.
Vom 1. April an erscheint DIE GLOCKE wöchentlich.
Bezugspreis M. 2.50 vierteljährlich bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.
Vorrätig und zu bestellen in allen Buchhandlungen und Kolportagegeschäften.
Probenummern umsonst und portofrei durch den
Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.
München, Altheimerock 19.

Möbel-Beiser + Lothringer Str. 67
Trotz des Krieges liefern zu konkurrenzlos billigen Preisen in großer Auswahl.
Stube und Küche Anzahl. 2 Stuben u. Küche Anzahl. 2 Stuben u. Küche Anzahl.
von von von
2 Eßtische 2 Stühle 1 Kleiderschr. 1 Trumeau 1m. Kleiderschr. 1 Plüschsofa
1 Kleiderschr. 1 Küchensch. 1 Wäschespind 1 Sofa mod. Vertiko 1 mod. Umbau
1 Spiegel 1 Küchensch. 1 Waschtisch 1 Tisch 2 engl. Bettst. 1 Tisch
1 Spiegelspind 1 Küchensch. 2 Matratzen 4 Stühle und 2 Matratzen 1 farbig, kompl.
1 Tisch 1 Küchensch. 2 Matratzen 1 farbig, kompl. 2 Nachtschr. farb. Küche
Wochenrate 2.50 M. Mk. an **Wochenrate 4.50 M. Mk. an** **Wochenrate 5.50 M. Mk. an**
Moderne Schlaf-, Speise-, Wohn- und Herrenzimmer; Anzahlung von 90-150 M. an, Wochenrate 4 M.
Einzelne Möbelstücke, Wochenrate 1,00 Mark.
Farbige Küchen in großer Auswahl, Anzahlung von 15 Mark an.
Sonntag von 12-2 Uhr geöffnet.

Verkäufe.

Rebn Prozent Rabatt Abonnementen. Teppiche jetzt jabelhaft billig. Kleiderlager. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. Sonntags geöffnet.

Gardinenverlei, Fenster 3,75, 4,50, 5,75 6,25 usw.

Gardinen, Stores, Bettdecken, haumend billig. Große Frankfurterstraße 125.

Küchlergardinen, Garnitur 5,95, 6,85, 7,50, 8,75 usw.

Leinenportieren, Garnitur 4,25, 4,95, 5,50, 6,75 usw.

Tuchportieren 3,85, 4,50, 5,25, 6,75 usw.

Wäschportieren 7,85, 9,85 bis 30 Mark. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Stieppdecken 6,65, 7,50, 8,35, 9,75 usw.

Tuch- und Wäschdecken mit feinem Fleck in vielen Farben, unglaublich unter Preis.

Stwanddecken 4,90, 5,75, 6,55, 8,50 bis 30 Mark. 438*

Möbelstoffe, Kautschuk, jabelhaft billig. G. Weichenberg's Teppich- und Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Vorjährlige elegante Herrenanzüge Paletots und Ulster aus feinsten Stoffen 30-60 Mark, Hosen 6-18 Mark. Einlegungs-, Hängel-, Knaben- und Knie- sehr preiswert. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21. 68*

Monatsanzüge, nur wenig getragen, Paletots, Ulster, Hosen, Gesellschaftsanzüge werden spottbillig verkauft. Die elegantesten Anzüge sind leihweise billig zu haben. Altbekannte Firma. Rag Beth, Große Frankfurterstraße 88.

Vorjährlige Herrenulster aus feinsten Stoffen 18-45 Mark, Paletots 14-38, Anzüge 16-38, Hemden 4-10, Hängelgarderobe. Deutsches Garderobehaus, Große Frankfurterstraße 116 I.

Monatsanzüge und Winterpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Brads von 2,50, sowie für torpulenten Figuren. Neue Garderobe zu haumend billigen Preisen, aus Planbleiben verkaufte Sachen kauft man am billigsten bei Rag. Kulastraße 14.

Warenverkauf „Halbsumma“. Wandkleidhaus, Hermannplatz 6. Kleinauswahl spottbilliger Pelzkleid, Fuchsgarnituren, Stunsgarnituren, Herrenanzüge, Herrenpaletots, Herrenhosen, Bettverkauf, Hosenverkauf, Gardinenverkauf, Uhrenverkauf, Uhrenverkauf, Goldwaren.

Pelzgarnituren! Reizt haumend spottbillig! Herrengarderobe. Bettverkauf, Prachtteppiche, Aussteuerwäse. Gardinenauswahl, Uhrenverkauf, Schmuckladen, Sportpreise! Leihhaus Barckhauserstraße 7.

Teppich-Thomas, Oranienstr. 44 spottbillig farblichste Teppiche, Gardinen, Vorwärtstischern 5 Prozent Extrarabatt. 810*

Bettenverkauf! Brautstühle 11,75, 15,75, Aussteuerbetten 17,50, 19,50, Daunentbetten 23,50, Kinderbetten 5,75. Spottbillig. Teppiche, Stieppdecken, Tischdecken, Kautschuk, Gardinen, Tülldecken, Banduhren, Taschenuhren, Silberlachen, Schmucklachen. Alles spottbillig nur Wandleibe, Brunnstraße 47. 328*

Frühjahrsbekleidung, hübsche Padschlohläume, Gummihandschuhe, Sportjacket - Kovercoat, Schwärze Frauenmäntel, Glodenröde, direkt aus Arbeitsstudien, Reyer, Wäckerstraße 13, I, Klein Laden. Sonntags geöffnet. 768*

Gastronen, auch zurückgehe, (frühe Kriegsarbeit), spottbillig, Jugglampen, Böttcher, Boghagenstr. 32 (eine Treppe). Teilzahlung gestattet.

Gold! Gold! sparen Sie, wenn Sie im Leihhaus Kothenthaler Tor, Wittenstraße 203/4, Ecke Kothenthalerstraße, kaufen. Im Verkauf gewesene Anzüge, Paletots, Ulster sowie neue Wahrgarderoben zu haumend billigen Kriegspreisen. Silberne Uhren 3.-, goldene Damenuhren 8.-, Goldwaren, Brillanten, Fahrräder. Auf Uhren dreijähriger Garantieheim. Eigene Werkstatt. Sonntag 12-2.

Monatsgarderobe! Getragene Anzüge für Herren: Smolting, Brads und Gehrockanzüge (auch zum Verleihen), Winterpaletots und Ulster sowie von Kavalieren getragene, fast neue Sachen (aus Seide), für jede Figur passend, in größter Auswahl zu unibertroffen billigen Preisen. Eine Treppe, deshalb billiger wie im Laden. Hirsch Rieferbaum, Wasserforystraße 12/13 I. 125/12*

Einlegungsanzüge, Bräutigamsanzüge, Herrenanzüge, Paletots, Ulster, Hosen, elegante Kostüme, Kleider, Tuchmäntel, Sportjacket, Röde, Blusen, Knaben-, Mädchen-garderobe. Kleinauswahl. Spottbillig. Reutöln, Münchenerstraße 9.

Pelle, Rauchwaren, fertig konfektionierte Pelzwaren jeglicher Art kauft, verkauft, Hochstiebelung, Wegnerleibhaus, Wottdamerstraße 47.

Monatsgarderoben-Haus verkauft spottbillig erstklassige, wenig getragene, fast neue Sackanzüge, Gehrockanzüge, Smoltinganzüge, Bradsanzüge, Ulster, Paletots, Gutamahanzüge, gestreifte Beinkleider, Bandanzüge, großes Lager. Halbes, Kothenthalerstraße 4. Klein Kotheneingang. Nur eine Treppe. 125/11*

Monatsanzüge, Sommerpaletots, Gehrockanzüge, Smoltinganzüge, Bradsanzüge. Reue Schönhauser 12, eine Treppe, Ecke Kothenthaler. 125/10

Monatsanzüge, Winterpaletots, speziell Bandanzüge (Gehrockanzüge) verleihe an jedermann. Einzelverkauf zu Großpreisen. Alexanderstraße 28a, I. 608*

Klappvortwagen, Teilzahlung, Kinderwagen, Kinderbetten. Richard, Barckhauserstraße 80. 1798*

Möbel. Extra billiger Verkauf! Elegante Plüschgarnitur 75.-, regulär 200.-, modernes Noquettlofa 55.-, Kleiderchränke, Bertlo, Umbauten, entzückende farbige Mäthen 75.-, Möbelhaus Dlen für Gelegenheitskäufe, nur Androssstraße 30. 1098*

Kriegshalber für jeden annehmbaren Preis nagelneue Wohnungseinrichtung, hochaparte Küche. Kothenthalerstraße 57, vorn III bei Glas. (Gewerblich.) Händler zweifelslos. 124/13*

Möbel-Groß, Große Frankfurterstraße 141 (Ecke Bruchstraße), liefert Möbel jeder Art zu bekannt billigen Preisen auf Teilzahlung. Größte Rücklicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. Anferat mitbringen. Wert 5 Mark. Sonntag 12-2 geöffnet.

Maschinenmeister für besseren Werkdruck sofort gesucht. Vorwärts-Buchdruckerei Berlin SW., Lindenstraße 3.

Möbel aller Art auf Kredit, bequeme An- und Abzahlung. Möbel-Lehner, Brunnstraße 7. Zweites Geschäft Wäckerstraße 174. Sonntag von 12-2 geöffnet. 818*

Möbel gegen sofortige Kasse sehr preiswert zu verkaufen, Brunnstraße 7 und Wäckerstraße 174. Sonntag geöffnet von 12-2.

Möbel! Für Brautleute günstige Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleiner Anzahlung schon Stube und Küche. In jedem Etage deutlicher Preis. Lebervorstellung ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen, Arbeitslosigkeit anerkannt Rücklicht. Möbelgeschäft Goldhaus, Rosenerstraße 38, Ecke Guelienaustraße. 29018*

Schneidwerte! Herrenzimmer, Zweimeter-Büchlocher, künstlerische Ausführung nach Zeichnung gefertigt. Infolge Umberung nicht abgeleiert, sehr glänzig verläufig! Beschäftigung lohnt! Lagerung, Transport frei. H. Hirschowitz, Eddosen, Stalherstraße 25, Hochbahn Kottbenerstraße.

Möbel-Kredit! Ganz Berlin weiß, daß Möbel-Cohn, Große Frankfurterstraße 38 und Bruchstraße 47/48, auch während der Kriegszeit auf wirklich bequemste Zahlungsweise an jedermann Kredit einräumt, und zwar bei spielend leichten An- und Abzahlungen. Heberzeugung Sie sich von der Kleinauswahl kompletter Wohnungs-Einrichtungen, farbiger Mäthen und einzelner Möbelstücke, Größte Rücklicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit, Anferat mitbringen, Wert 5 Mark, Lieferung auch nach auswärts. Sonntag 12-2 geöffnet.

Fahrräder. Fahrräder! Kleinauswahl! Hochlaufäder! 15,00-35,00. Multipler, Handnummer beobachten. Heimmeisterstraße 31. 125/9

Kaufgesuche. Platinabfälle, Gramm 7,20, fast! Kowalewsk, Eddelstraße 30a.

Jahngelbe, Brangold, Silberlachen, Platinabfälle, Nickel, Zink, Quecksilber, Glührumpfsche usw. höchstzahlend Metallschmelze Com Brunnstraße 2 und Reutöln Berlinerstraße 76.

Jahngelbe! Brangold! Silberlachen, Platinabfälle, Quecksilber, Stanniolpapier, sämtliche Metalle höchstzahlend. Schmelze Christian, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Kautschukstraße). 1111*

Glührumpfsche kauft Hämml, Kugelfstraße 60. 252/6*

Platinabfälle bis 7,30, Jahngelbe bis 70.-, Goldlachen, Silberlachen, Quecksilber, Kupfer, Weisung Stanniolpapier, Zinn bis 4,30 Nickel, Aluminium, Blei, Zink, Glührumpfsche, höchstzahlend. Edelmetall-Gesellschaft, Wäckerstraße 31, Alexander 42/43. 288*

Fahrradverkauf, Wittenstraße 12.

Platinabfälle, Gr. bis 7,50, Jahngelbe bis 80.-, Kupfer, Weisung, Nickel, Bierrohrleitung, Eisbedeckel, Platinlappen, Blei, Zink, Stanniolpapier, Zinn bis 4,50, Weisung bis 3,20, Aluminium, Quecksilber bis 6.-, Goldlachen, Silberlachen, Glührumpfsche, höchstzahlend. Metallkontor Goldmannstraße 30 und Kottbenerstraße 1 (Kottbenerstr.) Kottbenerplatz 128/3.

Fahrradverkauf Wäckerstraße 42.

Verschiedenes. Patentanwalt Müller, Göttingerstraße 16.

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Witwe, vier Söhne im Feld, sucht Wäse im Hause, Leddyll, O. 17, Göttingerstraße 7, vorn 11. 3439

Stellenangebote. Tüchtige Kollierer, Leberarbeiter verlangt Kasten, Grotzmaiderstraße 203. 956*

Korbmacher, 10-15, auf Weichhölde, 10 cm, verlangt B. Schulz, Charitéstraße 3. 3408

Tüchtige Einlenkner zu günstigen Bedingungen sofort verlangt. Wädhungen 4 bis 5 Hgr., Charlottenstraße 86. 3418

Werkzeugmacher, Werkzeug-Einrichter stellt sofort ein 124/15* Niebe Kugellager- u. Werkzeugfabrik Berlin-Weissensee, Roblenerplatz

Tüchtige Lehrenbauer bei hohem Lohn werden sofort verlangt. Ehrich & Graetz, Berlin SO., Eisenstr. 90/94.

Korbmacher auf Leistenmöbel, Schulz, Lützener 12

Maurer, Arbeiter und Arbeiterinnen werden eingestellt. Neubau Wäffenfabr. Wittenau, Station Eichbornstraße. Bureau Boswan u. Kauer, Gungang 111. 299/1

Kontoristin wird verlangt. Bewerbungen bis Freitagabend an Konsumgenossenschaft „Hofnung“, Rowanow, Dufarenstraße 8. 102/11

Zeichnet die Kriegsanzleihe!

Fünfprozentige Deutsche Reichsanleihe

zu 98,50

oder

Viereinhalbprozentige auslosbare Deutsche Reichsschatzanweisungen

zu 95.

Die Kriegsanzleihe ist

das Wertpapier des Deutschen Volkes

die beste Anlage für jeden Sparer

sie ist zugleich

die Waffe der Daheimgebliebenen

gegen alle unsere Feinde

die jeder zu Hause führen kann und muß

ob Mann, ob Frau, ob Kind.

Der Mindestbetrag von Hundert Mark

bis zum 20. Juli 1916 zahlbar

ermöglicht Jedem die Beteiligung.

Man zeichnet

bei der Reichsbank, den Banken und Bankiers, den Sparkassen, den Lebensversicherungsgesellschaften, den Kreditgenossenschaften

oder

bei der Post in Stadt und Land.

Letzter Zeichnungstag ist der 22. März.

Man schiebe aber die Zeichnung nicht bis zum letzten Tage auf!

Meß Nähere ergeben die öffentlich bekanntgemachten und auf jedem Zeichnungsschein abgedruckten Bedingungen.

Leihhaus Moritzplatz 58a

kaufen Sie von Kavalieren wenig getragen sowie im Versatz gewesene Jackett- und Rockanzüge, Paletots, Ulster, Serie I: 10-18 M., Serie II: 20-30 M., größtenteils auf Seide Ferner Gelegenheitskäufe in neuer Maßgarderobe, enorm billig. Riesenposten Kleider, Kostüme, Plüschmäntel, auf Seide, jetzt nur 20-35 M. Große Posten Pelzstolas in Skunks, Marder, Nerz, Füchsen, jetzt nur 20-75 M. Große Auswahl in Herren-Gehpelzen, Gelegenheitskäufe in Damen-, Reise- und Wagen-Pelzen. Extra-Angebot in Lombard gewesener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäse, Brillanten, Uhren und Goldwaren zu enorm billigen Preisen. Vorwärtsleser erhalten 10% extra.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 23. Heft vom 1. Band des 24. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Noch einige Bemerkungen über nationale Triebkräfte. Von H. Kautsky. — Theorie und Praxis. Von Gustav Goldstein. (Schluß.) — Phantasie und Statistik. (Dr. Arthur Schulz: Die Edelmetallmarktbelastung und andere Artikel.) Von Emanuel Baur. — Einige Bemerkungen zum Artikel „Mittelamerika“. Von H. Kautsky. Von einem Ukrainer. — Literarische Rundschau.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 12 des 28. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Der sozialistische Frauentag in Deutsch-

land. — Wer soll zahlen? — Die proletarische Jugendbewegung in der Kriegszeit. Von Math. Baur. — Ujm.

Von „Wahren Jacob“ ist soeben die 5. Nummer des 33. Jahrganges erschienen.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Grodenummern sind jederzeit durch den Verlag U. S. B. Dieh Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

Das Othetobuch. Die schönsten Geschichten aus dem Othello. Herausgegeben von H. Landsberger. 429 S. — Das Volk des Othello. Herausgegeben von Dr. H. Landsberger. 503 S. — S. Müller, München.

Jahrbuch der Geschichte des Weltkrieges 1914/15. Heft 66-75. Jede Woche ein Heft. 25 Pf. — Union Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart. Die Ausbildung für den technischen Beruf in der mechanischen Industrie. Ein Ratgeber für die Berufswahl. Herausgegeben vom

Deutschen Ausschuss für technisches Schulwesen. 50 Pf. — A. G. Teubner, Leipzig.

Kriegswochenhilfe. Nebst Erläuterungen und Formularen von H. Lehmann. 64 S. Formular-Verlag, Berlin, Deutschstr. 6.

Seinhalten zum Vertriebe von Gartenbau und Kleintierzucht. Herausgegeben von F. Pfennigkors. 1,50 M. — Selbstverlag, Berlin, W 57.

Die deutsche höhere Schule der Zukunft. Von Dr. A. Horn. 50 Pf. — H. Keller, Frankfurt a. M.

Der Kleingarten, seine Anlage, Einteilung und Bewirtschaftung. Von R. Hebdörfer. 60 Pf. — F. Faren, Berlin SW 11. Frauenhinnecht und Frauenemanzipation. Denkschrift von Prof. Langemann und Frau Dr. Gummel. 1,60 M. — Verlag der Deutschen Kanzlei, Berlin SW 11.

Warenhaus Wilhelm Stein

Berlin N., Chausseestrasse 70-71

Frühjahrs-Neuheiten

in Putz, Konfektion und Kleiderstoffen

Kleider- u. Seidenstoffe

Stoffe	schwarz-weiß kariert, für Jackenkl., doppelbr. Mtr.	95 Pf. bis	2.75
Stoffe	schwarz-weiß kariert, m. farbigem Durchzug Mtr.	2.40 bis	2.95
Schleierstoffe	mod. Punkt- und Blum-Must. Mtr.	1.95 bis	2.25
Musselin-Krepp	reine Wolle, gestreift und gepunkt. Mtr.	2.40	
Kostümstoffe	gestreift u. kar. 130 cm breit Mtr.	3.25 bis	4.50
Paillette	reine Seide, in vielen Farben Mtr.	2.35 bis	2.75
Kleiderseide	doppelt breit in allen modernen Farben und in jeder Preislage.		

Damen-Hüte

Kleine fesche Topfform	aus Borde genäht, mit Band garniert ...	6.75
Handgenähtes Barett	mit Samtstreifen um d. Kopf u. Strohhügeln garniert	7.95
Schutenform	handgenäht, mit flotter Schleife und Blumentuff ...	8.95

Besichtigung uns. Ausstellung in Frühjahrsneuheiten erbeten

Damen-Handschuhe

Glacé	mit 2 Druckknöpfen, farbig, schwarz und weiss ...	1.65
Glacé	mit 2 Druckknöpfen, prima Lammleder, farbig und weiss ...	2.20
Waschledersatz	gelb u. farb. m. schw. Aufnah. ...	75 Pf.
Seidenersatz	farb. schw. u. weiss, mit Druckknöpfen ...	95 Pf.
Schwedenersatz	starke Qual. 3 Druckkn. gelb und weiss, Paar	1.25
Reine Seide	m. 2 Druckknöpfen, weiss, schwarz und farbig, Paar	95 Pf.
Reine Seide	m. verst. Fingersp., 2 Druckkn. in all. modern. Farben, Paar	1.45

Konfektion

Blusen	Wachseide, moderne Macharten ...	6.90
Blusen	Wachseide, ganz gestickt, sehr elegant ...	14.50
Blusen	Wachsvolle, moderne Verarbeitung, zum Teil ganzgestickt	2.95
Blusen	Waschkrepp, ganz modern ...	6.90
Blusen	Wachseide, handgestickt, fesche Formen ...	14.50
Blusen	Musselin, gute Ausführungen in hellen und dunklen Mustern	4.95
Blusen	Musselin, reine Wolle elegant verarbeitet ...	6.95

Kostüme	schwarz-weiß kariert, mit Tressen-Garnierung, auf Seide gearbeitet ...	29.75
Kostüme	schw.-wss. kariert, mod. fesche Blusenform, a. Seide	31.50
Kostüme	in blau Gabardine, elegante Ausführung, mit weitem Glockenrock, auf Seide ...	39.75
Paletots	Covercoats, glatte und Gürtel-Formen, gute Stoffe	26.—
Jacken	Frühjahrs, schw.-wss. kar. Wollstoff, moderne Macharten	15.50
Jacken	Moiré und Seide, elegante Ausführung ...	26.—

Röcke	in schwarz-weiß-karierten Wollstoffen, weite Formen ...	6.95
Röcke	in blauem u. schwarzem Cheviot mit Faltengarnierung ...	7.90
Röcke	in blauer u. schwarzer Gabardine weite Glocke, gut verarbeitet ...	13.00
Röcke	farbige u. blaue Wollstoffe, sehr elegante Verarbeitung ...	17.50
Röcke	in Taffet, Moiré und Kunstseide ... in grosser Auswahl	
Kleider	f. Mädchen, schwarz-weiß-kar., nur gute Stoffe, mod. Macharten	7.90
Kittel	in weissen u. farbig. Waschstoffen reizende Verarbeitung, Gr. 45-60	2.60

Das muß man sich ansehen! Kuntze's billiges großes Schuhwaren-Angebot!

Damen-Schnürstiefel Derby	mit Lackkappe, moderne Form ...	9,85
Damen-Schnürschuh Derby	mit Lackkappe, moderne Form ...	9,45
Herren-Schnürstiefel	mit Lackkappe ...	10,90
Einsegnungstiefel	für Knaben ...	10,90
Einsegnungstiefel	für Mädchen ...	9,75
Kinderstiefel	bis Größe 22 ...	2,25
Damen-Samtpantoffel		0,88
Mädchen- und Knabenstiefel	werden zu billigen Preisen abgegeben.	

Ferner große Posten Schuhwaren, die sich infolge der Reichhaltigkeit nicht alle aufzählen lassen, zu überaus billigen Preisen.

Für Wiederverkäufer weiteste Reise lohnend!

Schuhhaus Kuntze Nachf.

nur Gr. Frankfurter Str. 83
Ecke Marsiliusstraße

Um es jedem zu ermöglichen zu kommen, vergüte ich jedem Käufer 20 Pfennig Fahrgeld.

Zu allerbilligsten Tagespreisen empfehle in allen meinen Verkaufsstellen

Butter, Eier, Käse Marmeladen

und andere Nahrungsmittel
in besten Qualitäten.

J. F. Assmann Butter-Großhandlung.

35 Verkaufsstellen in Groß-Berlin.



DRUCK ARBEITEN

in guter Ausführung
VORWÄRTS
Buchdruckerei und Verlag
SW.68 Lindenstraße 3

Bäcker- und Konditoreien Bäckerei Nordstern Inh. Gust. Müller Pflaster im Süden, Bismarckstr. 10 Martebeuge Stralauer Allee 22 Niedl, Frischbäck. fr. Ha.	Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Osten Erscheint wöchentlich einmal. — Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen	Kaffee-Versand Gerold Bei gemeinsamem Bezug Preisermäßigung Berlin, Lützowstr. 94. Verlangen Sie Preisliste.
Haus- u. Küchengerät. Glas und Porzellan Carl Zerbe Frankfurter Allee 106.	Butter, Eier, Käse P. H. Ackermann, 8 Pflaster	Mehlhändler Joh. Pietsch Königsberger Straße 25/27
Schuhw. u. Besondere. J. Heinrich Petersburger Straße 26.	Fleisch u. Wurstw. G. Tächl Heldenfeld 7. Wurst-Spezialgesch.	Uhren und Goldwaren Otto Friede Uhren und Goldwaren Göllnowstraße 24.
	Kolonialwaren Erich Bartsch, Berlin NO. Landsberger Allee 45, Eberty str. 2, Landsberger Allee 54	Photograph. Ateliers Th. Wenzel Ink. B. Zeschke, Andreas- str. 28 a. Adresselekt.
	Molkereien Joh. Göthling Lichtenberg Friedrichstr. 21	Warenhäuser Hamburger Warenhaus Max Fleminio Alt-Straße 11, Verw.-Leit. erb. 5*

Die beste Reklame ist ein Inserat im „Bezugsquellen-Verzeichnis“